



FZDW-Bericht Nr. 2

Sozialbericht für die Stadt Frankfurt am Main

November 2009

Sven Stadtmüller

Fachhochschule Frankfurt am Main

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorbemerkung.....	3
2.	Die Datengrundlage.....	3
3.	Haushaltsstruktur und Lebensformen.....	3
	Haushaltsgrößen.....	4
	Lebensformen.....	6
4.	Beteiligung am Bildungssystem.....	7
	Bildungsabschlüsse.....	8
	Bildungsbeteiligung von Migranten.....	10
	Bildungsrendite.....	12
5.	Beteiligung am Erwerbsleben.....	12
	Ausübung einer Erwerbstätigkeit.....	13
	Besondere und prekäre Beschäftigungsverhältnisse.....	17
	Außergewöhnliche und belastende Arbeitszeiten.....	18
6.	Armut und Reichtum.....	21
	Zur Methodik.....	22
	Armut.....	24
	Armut und sozialstrukturelle Merkmale.....	26
	Reichtum.....	29
7.	Schlussbetrachtung.....	32

1. Vorbemerkung

Mit dem Sozialbericht für die Stadt Frankfurt am Main legt das Forschungszentrum Demografischer Wandel (FZDW) an der Fachhochschule Frankfurt einen Überblick über die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger der Mainmetropole vor. Dabei dient der Sozialbericht nicht nur der Darlegung des „Ist-Zustandes“, sondern sogleich einem kontinuierlichen „Monitoring“, das es ermöglichen soll, im Zeitverlauf erwünschte wie unerwünschte Entwicklungen zu identifizieren. Der Sozialbericht beschäftigt sich mit den Themenfeldern Haushaltsstrukturen und Lebensformen, Bildungsbeteiligung, Erwerbstätigkeit sowie Armut und Reichtum und beleuchtet insbesondere die Lebenssituation von Gruppen, die verschiedentlich als sozial benachteiligt angesehen werden. Hierzu zählen Menschen mit Migrationshintergrund, ältere Menschen bzw. Rentner, gering Qualifizierte, aber auch, gerade im Hinblick auf ihre Beteiligung am Erwerbsleben, Frauen. Ein Monitoring der Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger einer Kommune ist gerade vor dem Hintergrund der demografischen, aber auch der wirtschaftlichen Herausforderungen von Interesse.

2. Die Datengrundlage

Zuverlässige Informationen zu den Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankfurt lassen sich nur auf der Grundlage von qualitativ hochwertigen Daten gewinnen. Im Rahmen dieses Berichts wird auf Daten des Mikrozensus der Jahre 2004 bis 2007 zurückgegriffen. Der Mikrozensus stellt deutschlandweit die größte repräsentative¹ Bevölkerungsumfrage dar. Hierbei werden nach dem Zufallsprinzip ein Prozent aller bundesdeutschen Privathaushalte befragt, so dass der Mikrozensus jährlich Informationen von rund 390.000 Haushalten und 830.000 Personen enthält. Das thematische Spektrum des Mikrozensus weist dabei einen festen, stets wiederkehrenden Kern auf, der z.B. Fragen zur Erwerbstätigkeit oder Bildungsbeteiligung enthält. Darüber hinaus gibt es auch thematische Schwerpunkte, die allerdings nicht regelmäßig abgefragt werden, wie z.B. Fragen zum Gesundheitsverhalten oder zu politischen Orientierungen. Für den Sozialbericht der Stadt Frankfurt bieten sich die Daten des Mikrozensus in besonderer Weise an, da hier auf Informationen von jährlich rund 6.000 Befragten zurückgegriffen werden kann.

3. Haushaltsstruktur und Lebensformen

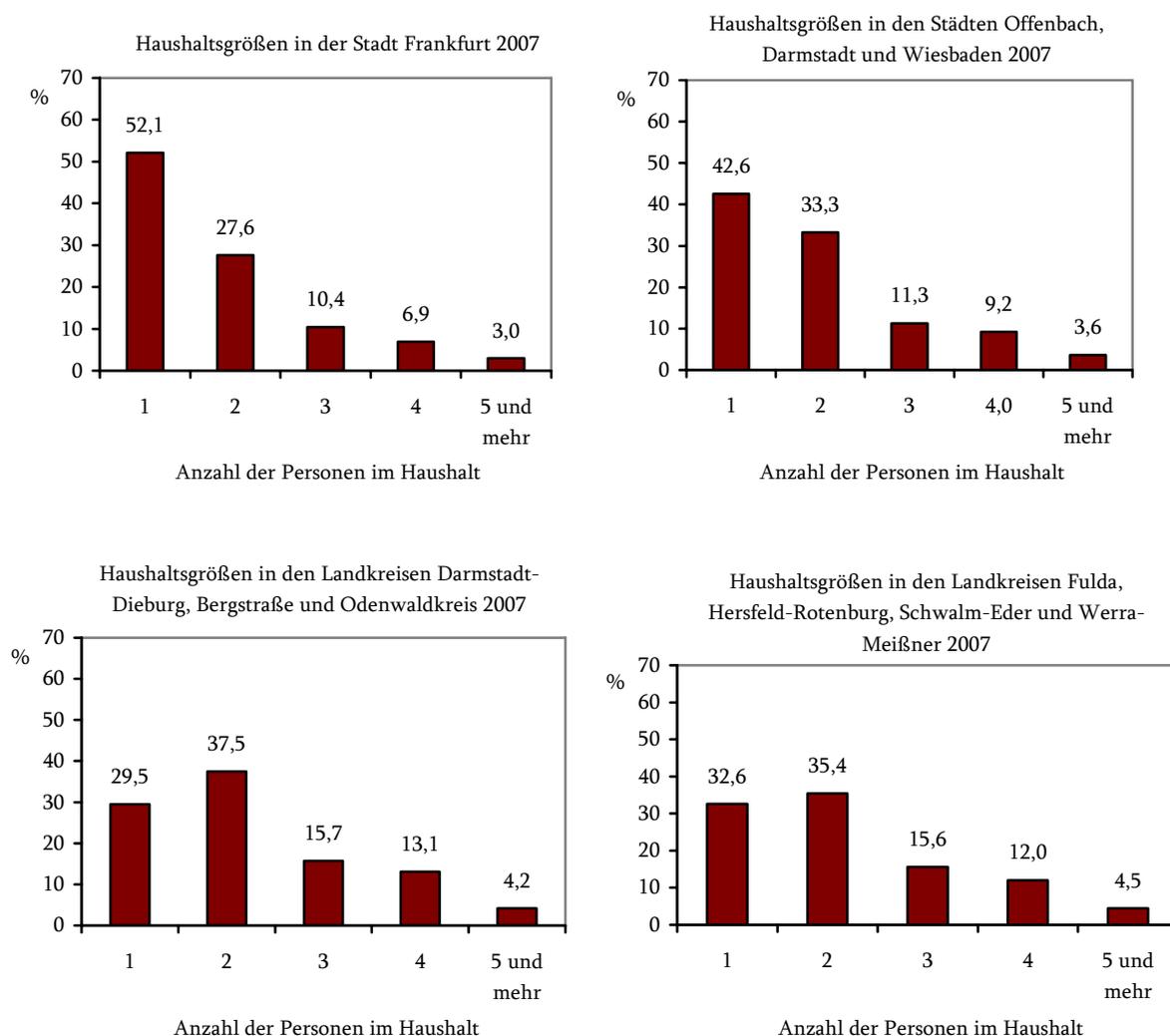
Noch nach dem 1. Weltkrieg bildete die Großfamilie mit mindestens fünf Personen im Haushalt die häufigste Haushaltsform in Deutschland. Ein Drittel aller Haushalte wies mindestens fünf Personen auf, während nur rund 7 Prozent der Haushalte Singlehaushalte darstellten. Bis heute hat sich dieses Bild drastisch verändert: Die am häufigsten anzutreffende Haushaltsform stellen mittlerweile die Ein- und Zweipersonenhaushalte dar, während Haushalte mit fünf und mehr Personen nur noch rund 4 Prozent aller Haushaltsformen ausmachen und somit kaum mehr eine Rolle spielen. Besonders in den Ballungszentren ist die Tendenz zu sehr kleinen Haushaltsgrößen stark ausgeprägt.

¹ Der Begriff „repräsentativ“ wird häufig falsch verstanden und benutzt. Im Verständnis der empirischen Sozialforschung ist eine Befragung dann als repräsentativ zu werten, wenn es möglich ist, aufgrund der vorliegenden Stichprobe unter Angabe einer Fehlertoleranz Rückschlüsse auf die interessierende Grundgesamtheit zu ziehen. Die Grundgesamtheit stellt bei Bevölkerungsumfragen in der Regel die bundesdeutsche Bevölkerung über 18 Jahren dar. Als repräsentativ kann hierbei bereits eine Befragung von etwa 1000 Personen gelten, die – und dies ist im Hinblick auf die Repräsentativität der Stichprobe entscheidend – zufällig ausgewählt wurden. Dabei muss jedes Element der Grundgesamtheit die gleiche oder eine angebbare Wahrscheinlichkeit aufweisen, tatsächlich auch „gezogen“ zu werden.

Haushaltsgrößen

Die Haushaltsgrößen spielen in vielerlei Hinsicht eine Rolle: Sie bestimmen zum einen die Wohnungsnachfrage und somit auch die Mietpreise. Sie haben aber auch zahlreiche soziale Implikationen: In so genannten Singlehaushalten fällt die Unterstützung durch andere Haushaltsmitglieder weg. Hier ist besonders an ältere Menschen mit Einschränkungen zu denken. Auch besteht, längst nicht nur bei Älteren, die Gefahr von sozialer Anomie und Vereinsamung.

Abbildung 1-4: Haushaltsgrößen in Frankfurt, weiteren kreisfreien Städten und Landkreisen im Vergleich



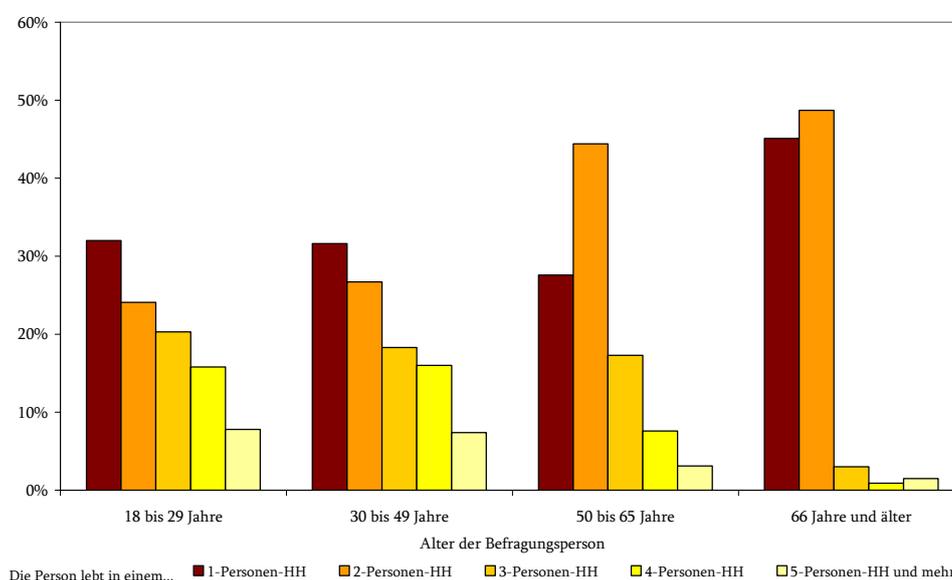
Die Abbildungen 1 bis 4 verdeutlichen, dass gerade in Frankfurt die Tendenz zu kleinen Haushalten sehr stark ausgeprägt ist: Mehr als die Hälfte aller Haushalte (52,1 Prozent) stellen demnach Einpersonenhaushalte dar.² In weiteren 27,6 Prozent aller Haushalte leben nur zwei Personen. Dagegen beträgt der kumulierte Anteil der Haushalte, in denen mindestens drei Personen leben, nur rund 20 Prozent. Diese Tendenz zeichnet sich auch in den übrigen hessischen Oberzentren ab, allerdings in etwas geringerem Ausmaß: So stellt auch in Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden der Einpersonenhaushalt die häufigste Haushaltsform dar. Der Anteil liegt jedoch rund 10

² Dies bedeutet jedoch *nicht*, dass mehr als die Hälfte aller Personen in Singlehaushalten leben. In den Abbildungen 1-4 stellen nämlich die Haushalte die Prozentuierungsbasis dar. Für Frankfurt kann hinsichtlich des Jahres 2007 konstatiert werden, dass 28,5 Prozent aller befragten Personen in Einpersonenhaushalten leben.

Prozentpunkte unter dem Frankfurter Niveau.³ In den hier ausgewiesenen Landkreisen dominieren dagegen die Zweipersonenhaushalte, während die Einpersonenhaushalte jeweils nur knapp ein Drittel aller Haushaltsformen ausmachen. Zudem spielen in den betrachteten Landkreisen auch Drei- und Mehrpersonenhaushalte eine größere Rolle als in Frankfurt und den übrigen Zentren. Somit kann bilanziert werden: In ländlichen Gebieten liegt die durchschnittliche Personenzahl in den Haushalten z.T. deutlich höher als in den urbanen Zentren.

Richtet man nun den Blick auf die Frage, inwieweit das Alter mit der Haushaltsgröße zusammenhängt, so ist erkennbar, dass besonders die älteren Menschen sehr häufig alleine leben. Für Frankfurt trifft dies im Jahr 2007 auf 45,1 Prozent der über 65-Jährigen zu. Zudem leben 48,7 Prozent in dieser Altersgruppe mit einer weiteren Person zusammen. In keiner anderen Altersgruppe ist die Singularisierung so stark ausgeprägt.

Abbildung 5: Der Zusammenhang zwischen dem Lebensalter und der „gelebten“ Haushaltsform in Frankfurt (2007)



³ Diese Gebietseinheiten (z.B. Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden und die jeweiligen Landkreise) wurden hier zusammengefasst, da sie im Mikrozensus eine eigene, so genannte regionale Anpassungsschicht darstellen. Die Schaffung von Anpassungsschichten zielt im Wesentlichen darauf ab, Regionen zu entwickeln, die in etwa die gleiche Größe aufweisen, gleichzeitig aber auch durch eine regionale Nähe gekennzeichnet sind. Somit hängt es von Größe und Lage einer Gebietseinheit ab, ob diese eine eigene regionale Anpassungsschicht darstellt. Für Hessen ist einzig die Stadt Frankfurt im Mikrozensus als eigenständige regionale Anpassungsschicht (regionale Anpassungsschicht Nr. 3) vertreten. Die übrigen regionalen Anpassungsschichten gestalten sich wie folgt: Anpassungsschicht 1 (Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis und Rheingau-Taunus-Kreis), Anpassungsschicht 2 (Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis), Anpassungsschicht 4 (LK Darmstadt-Dieburg, LK Bergstraße und Odenwaldkreis), Anpassungsschicht 5 (Stadt Offenbach, Stadt Darmstadt und Stadt Wiesbaden), Anpassungsschicht 6 (LK Groß-Gerau und LK Offenbach), Anpassungsschicht 7 (LK Gießen, LK Marburg-Biedenkopf, Lahn-Dill-Kreis, LK Limburg-Weilburg und Vogelsbergkreis), Anpassungsschicht 8 (Stadt Kassel, LK Kassel und LK Waldeck-Frankenberg) und Anpassungsschicht 9 (LK Fulda, LK Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder-Kreis und Werra-Meißner-Kreis). Eine Analyse für einzelne Landkreise oder kreisfreie Städte ist ebenfalls möglich. Darauf wurde aber im Rahmen dieser Analyse verzichtet und die Stadt Frankfurt mit den übrigen regionalen Anpassungsschichten verglichen.

Da die Lebenserwartung von Frauen höher liegt als von Männern dürfte das Problem der Vereinzelung (und in manchen Fällen auch Vereinsamung) von älteren Menschen vorwiegend ein weibliches darstellen.

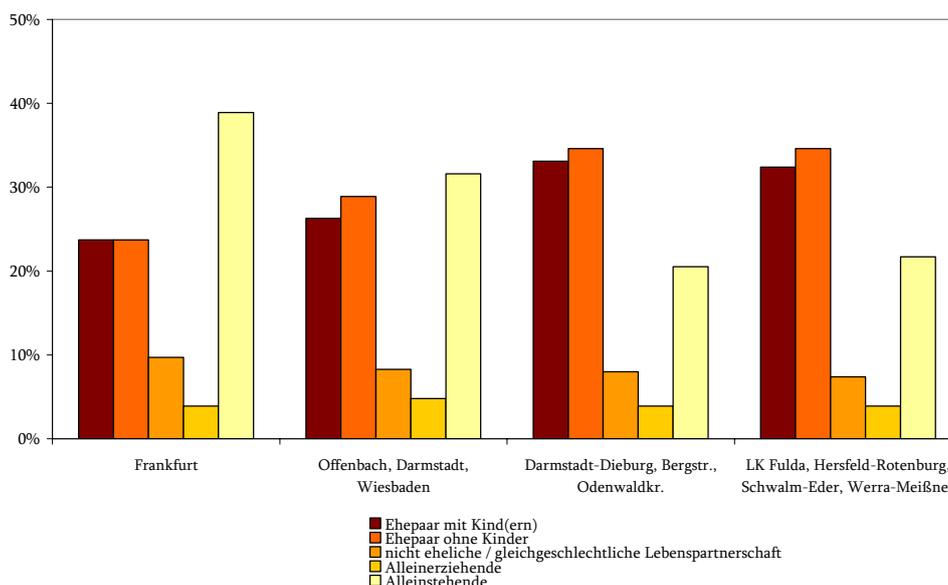
Die Daten für das Jahr 2007 bestätigen dieses Bild. Während von den Männern, die älter als 65 Jahre sind, nur knapp jeder Dritte (29,1 Prozent) alleine lebt, sind es bei den Frauen weit mehr als die Hälfte (57,9 Prozent). Umgekehrt leben ältere Männer häufiger in einem Zweipersonenhaushalt (zu 63,8 Prozent) als Frauen (zu 38,2 Prozent). Es zeigt sich also: Infolge der höheren Lebenserwartung von Frauen ist in Frankfurt das Problem der weiblichen Singularisierung im Alter sehr bedeutsam.

Lebensformen

Von der Haushaltsstruktur bzw. -form ist die Lebensform zu unterscheiden. Offensichtlich wird dies, wenn man bedenkt, welche unterschiedlichen Konstellationen in einem Zweipersonenhaushalt angetroffen werden können. Zu denken ist hier etwa an ein (junges) Ehepaar ohne eigene Kinder, an ein älteres Ehepaar, dessen Kinder schon außer Haus sind (so genanntes „empty nest“), an Lebenspartner in einer nicht ehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft oder auch an eine allein erziehende Mutter oder an einen allein erziehenden Vater. Um diese Haushaltskonstellationen qualitativ näher zu bestimmen, hat sich das Konzept der Lebensform etabliert. Im Folgenden soll die Verteilung von insgesamt fünf Lebensformen untersucht werden:

- Ehepaar mit Kind(ern) im Haushalt
- Ehepaar ohne Kinder im Haushalt
- nicht eheliche oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft mit oder ohne Kinder im Haushalt
- Alleinerziehende und
- Alleinstehende.

Abbildung 6: Die Verteilung der Lebensformen in der Stadt Frankfurt und in drei weiteren Regionen (2007)



Die Abbildung 6 verdeutlicht, dass in der Stadt Frankfurt die meisten Personen allein stehend sind. Dies trifft auf knapp 40 Prozent der Personen zu. Weitere 23,7 Prozent leben in einer kinderlosen Ehe, während bei ebenfalls 23,7 Prozent mindestens ein Kind in der Ehe vorhanden ist.⁴ Recht ähnlich verhält sich die Verteilung der Lebensformen in jener Anpassungsschicht, die die Städte Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden umfasst. Jedoch spielt hier die Lebensform der Ehe mit und ohne Kinder im Haushalt eine größere Rolle als in der Mainmetropole, während der Anteil der Alleinstehenden um 7,3 Prozentpunkte niedriger liegt.

Blickt man nun auf die Landkreise (hier: die Anpassungsschichten 4: Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Odenwaldkreis und die Anpassungsschicht 9: LK Fulda, Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder- und Werra-Meißner-Kreis), so ist erkennbar, dass dort jeweils die Ehe die dominierende Lebensform darstellt. Dabei spielt die Ehe ohne Kinder eine etwas größere Rolle als die Ehe mit Kindern. Dagegen zählt dort nur etwa jede fünfte Person zu den Alleinstehenden. Nicht eheliche oder gleichgeschlechtliche Partnerschaften finden sich ebenso selten (in den Zentren jedoch eher als auf dem Land) wie Alleinerziehende. In dieser Lebensform leben jeweils zwischen 4 und 5 Prozent der Befragten, wobei das Untersuchungsgebiet kaum eine Rolle spielt.

Schlüsselt man schließlich die Lebensformen nach den Bildungsabschlüssen der Befragten auf, so zeigt sich, dass insbesondere Personen mit hoher Qualifikation (Fachabitur, Abitur) überdurchschnittlich häufig zu den Alleinstehenden zählen, dafür aber weit unterdurchschnittlich in einer Ehe leben, in der keine Kinder vorhanden sind. Keinen Zusammenhang gibt es dagegen zwischen einer hohen formalen Qualifikation und der Lebensform Ehe mit Kind. Das daraus ableitbare Muster besagt folglich, dass hoch Gebildete die Ehe offenbar zu großen Teilen erst dann eingehen, wenn auch Kinder mit im Spiel sind. Gleichzeitig neigen die hoch Qualifizierten in vergleichsweise starkem Maße nicht ehelichen Lebensgemeinschaften zu. Diese Befunde entsprechen in der Zusammenschau zahlreichen wissenschaftlichen Ergebnissen die besagen, dass gerade für hoch Gebildete die nicht eheliche Lebensgemeinschaft häufig ein Vorläufer der Ehe darstellt, die meist erst mit dem Vorhandensein von Kindern erwogen wird.

4. Beteiligung am Bildungssystem

Die Beteiligung am Bildungssystem spielt für die zukünftigen Lebensbedingungen eine besonders wichtige Rolle, da das Bildungssystem die Chancen zuweist, bevorzugte Positionen im Erwerbsleben und somit auch eine bevorzugte sozioökonomische Stellung zu erreichen, insbesondere mit Blick auf das spätere Einkommen. Folglich soll in diesem Kapitel die Verteilung der Bildungsabschlüsse in der Stadt Frankfurt auch im Vergleich zu anderen Anpassungsschichten berichtet werden. In der Öffentlichkeit wird zudem vielfach auf ungleiche Chancen im Bildungssystem selbst verwiesen. Bestimmte Merkmalsträger würden demnach systematisch benachteiligt und somit schon früh im Leben der Chance beraubt, in Zukunft eine günstige Position im Erwerbsleben ein-

⁴ Bei diesen Zahlen gilt es zu beachten, dass der Mikrozensus primär eine Haushalts- und keine Personenstichprobe darstellt. Das heißt, es werden zunächst Haushalte nach dem Zufallsprinzip ausgewählt und innerhalb der gewählten Haushalte *alle* Personen im Haushalt befragt, sofern sie über 16 Jahre alt sind. Dies hat zur Folge, dass in einem Zweipersonenhaushalt, in dem z.B. ein Ehepaar ohne eigene Kinder im Haushalt lebt, *beide* Ehepartner befragt werden. Dies wiederum führt zwangsläufig dazu, dass der Anteil an Personen, die in Mehrpersonenhaushalten leben, überschätzt wird, sofern man auf der Ebene der Personen argumentiert. In diesem konkreten Fall führt dies dazu, dass die Anteile aller Lebensform tendenziell überschätzt werden, in denen mindestens zwei Personen leben. Dies trifft im Umkehrschluss auf alle Lebensformen mit Ausnahme der Alleinstehenden zu. Bei der Darstellung der Haushaltsstruktur existiert diese Verzerrung jedoch nicht, da hier als Prozentuierungsbasis nicht die Personen, sondern die Haushalte gewählt wurden.

nehmen zu können. Daher soll zusätzlich betrachtet werden, inwieweit das Merkmal Migrationshintergrund mit der Bildungsbeteiligung in Zusammenhang steht. Schließlich wird im Rahmen dieses Kapitels die Frage nach der „Bildungsrendite“ aufgeworfen. Das heißt es wird untersucht, wie stark das persönliche, monatliche Nettoeinkommen mit der formalen Qualifikation zusammenhängt.

Bildungsabschlüsse

Aus Tabelle 1 sind die Bildungsabschlüsse der Befragten in den neun hessischen Anpassungsschichten abzulesen. Dabei wurden die Abschlüsse in insgesamt vier Kategorien unterteilt: Personen mit Hauptschulabschluss (Volksschulabschluss), Befragte mit Mittlerer Reife (Realschulabschluss) sowie Befragte mit Fachhochschulreife und mit Abitur (Hochschulreife).

Tabelle 1: Die Bildungsabschlüsse der Befragten in der Stadt Frankfurt und in den übrigen hessischen Regionen (2007)

<i>Untersuchungsgebiet nach regionaler Anpassungsschicht (AP)</i>	Hauptschulabschluss	Mittlere Reife	Fachhochschulreife	Abitur
Stadt Frankfurt	32,4%	22,5%	6,0%	39,1%
Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis	35,4%	27,3%	8,0%	29,3%
Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis	44,7%	30,3%	5,2%	19,8%
Darmstadt-Dieburg, Bergstraße, Odenwaldkreis	44,2%	29,5%	6,2%	20,1%
Stadt Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden	35,8%	24,6%	7,1%	32,5%
Groß-Gerau, LK Offenbach	43,5%	27,5%	6,9%	22,1%
LK Gießen, Marburg-Biedenkopf, Lahn-Dill-Kreis, Limburg-Weilburg, Vogelsbergkreis	46,5%	27,0%	5,4%	21,1%
Stadt Kassel, LK Kassel, Waldeck-Frankenberg	44,8%	29,0%	6,8%	19,4%
LK Fulda, Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder-Kreis, Werra-Meißner-Kreis	51,4%	28,6%	6,2%	13,8%

Es ist deutlich erkennbar, dass die urban geprägten Anpassungsschichten, neben Frankfurt also die Anpassungsschicht 5 mit den Oberzentren Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden, eine wesentlich höhere Qualifikationsstruktur aufweisen als die ländlich geprägten Anpassungsschichten. So verfügen in Frankfurt 39,1 Prozent der Befragten über die Hochschulreife, während dies in Nordhessen mit dem Landkreis Fulda und den peripher gelegenen Kreisen Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder und Werra-Meißner nur bei 13,8 Prozent der Befragten der Fall ist. Umgekehrt weisen dort mehr als die Hälfte der Befragten (51,4 Prozent) einen Haupt- bzw. Volksschulabschluss auf. Gleiches gilt in Frankfurt nur für knapp jeden Dritten (32,4 Prozent). Dies ist sicherlich auf die unterschiedliche Altersstruktur in den Untersuchungsgebieten zurück zu führen: Während die Zentren geprägt sind von einer jungen Altersstruktur, ist der demografische Alterungsprozess insbesondere in einigen Landkreisen in Nordhessen schon recht weit fortgeschritten. Denn schließlich sind es die älteren Menschen, die vornehmlich über einen Volksschulabschluss verfügen.

Eine ähnlich qualifizierte Bildungsstruktur wie die urbanen Anpassungsschichten weist lediglich die Anpassungsschicht 1 mit den Landkreisen Hochtaunus, Main-Taunus sowie Rheingau-Taunus auf. Diese Anpassungsschicht ist jedoch geprägt von ihrer Nähe zu den Zentren im Rhein-Main-Gebiet und dürfte daher besonders für Pendler mit vergleichsweise hoher Qualifikation attraktiv sein.

Ein ähnliches Bild wie in Tabelle 1 zeigt sich, wenn der Anteil der Befragten betrachtet wird, der über einen Fachhochschulabschluss, ein abgeschlossenes Universitätsstudium oder über eine Promotion verfügt. Diese Werte sind aus Tabelle 2 abzulesen:

Tabelle 2: Höhere Bildungsabschlüsse der Befragten in der Stadt Frankfurt und in den übrigen hessischen Regionen (2007)

<i>Untersuchungsgebiet nach regionaler Anpassungsschicht (AP)</i>	Fachhochschulabschluss	Hochschulabschluss	Promotion
Stadt Frankfurt	5,0%	13,7%	1,4%
Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis	5,2%	9,0%	1,5%
Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis	4,2%	4,9%	0,8%
Darmstadt-Dieburg, Bergstraße, Odenwaldkreis	4,0%	5,6%	1,0%
Stadt Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden	5,1%	9,4%	1,4%
Groß-Gerau, LK Offenbach	4,4%	5,5%	0,8%
LK Gießen, Marburg-Biedenkopf, Lahn-Dill-Kreis, Limburg-Weilburg, Vogelsbergkreis	2,8%	5,5%	0,9%
Stadt Kassel, LK Kassel, Waldeck-Frankenberg	2,5%	6,3%	0,6%
LK Fulda, Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder-Kreis, Werra-Meißner-Kreis	2,9%	3,7%	0,5%

In der Stadt Frankfurt liegt der Anteil der Befragten mit abgeschlossenem Hochschulstudium hessenweit am höchsten: Mehr als jeder zehnte (13,7 Prozent) Befragte weist einen Hochschulabschluss auf. Nur die urbane Anpassungsschicht 5 mit den Städten Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden und die Anpassungsschicht 1 mit den zentrennahen Landkreisen Hochtaunus, Main-Taunus und Rheingau-Taunus reichen hier annähernd heran. Besonders niedrig liegen die entsprechenden Werte in den Kreisen im hessischen Norden: So verfügen in den Landkreisen Fulda, Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder und Werra-Meißner nur 6,6 Prozent über einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss. Auch mit Blick auf die Promotion bildet diese Kreiseinheit mit 0,5 Prozent das Schlusslicht. Insgesamt zeigt sich also ein deutliches Stadt-Land-Gefälle im Hinblick auf die Beteiligung am Bildungssystem in den hessischen Anpassungsschichten, wobei die Stadt Frankfurt am besten abschneidet.

Bildungsbeteiligung von Migranten

Im Folgenden soll untersucht werden, ob Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Frankfurt eine Benachteiligung im Bildungssystem erfahren.

Beim Merkmal „Migrationshintergrund“ werden zwei Gruppen voneinander unterschieden: Die erste Gruppe weist keine Migrationsgeschichte auf und ist somit sowohl in Deutschland geboren als auch im (alleinigen) Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Als Menschen mit Migrationshintergrund gelten in der Folge Personen, die

- zwar in Deutschland geboren sind, aber neben der deutschen mindestens noch eine weitere Staatsangehörigkeit aufweisen
- zwar in Deutschland geboren sind, aber keine deutsche Staatsangehörigkeit aufweisen
- nicht in Deutschland geboren sind, aber die deutsche Staatsangehörigkeit aufweisen
- nicht in Deutschland geboren sind und auch keine deutsche Staatsangehörigkeit aufweisen.

Für die Stadt Frankfurt ergibt sich auf dieser Grundlage ein Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund von 36,1 Prozent. Dieser Wert wird in keiner anderen hessischen Anpassungsschicht erreicht (siehe Tabelle 3):

Tabelle 3: Der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Frankfurt und in den übrigen hessischen Regionen (2007)

<i>Untersuchungsgebiet nach regionaler Anpassungsschicht (AP)</i>	Anteil an Personen mit Migrationshintergrund
Stadt Frankfurt	36,1%
Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis	22,3%
Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis	18,0%
Darmstadt-Dieburg, Bergstraße, Odenwaldkreis	16,9%
Stadt Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden	31,5%
Groß-Gerau, LK Offenbach	27,8%
LK Gießen, Marburg-Biedenkopf, Lahn-Dill-Kreis, Limburg-Weilburg, Vogelsbergkreis	19,6%
Stadt Kassel, LK Kassel, Waldeck-Frankenberg	17,9%
LK Fulda, Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder-Kreis, Werra-Meißner-Kreis	14,1%

Ob eine Bildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund vorliegt, soll anhand von drei Analysen untersucht werden. Die erste Analyse rückt die Altersgruppe der 15- bis 21-jährigen Befragten in den Mittelpunkt und fragt danach, ob in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund Unterschiede in den Anteilen an Befragten dieser Altersgruppe zu verzeichnen, die die gymnasiale Oberstufe besuchen. Dies ist nicht der Fall: Während unter den Personen ohne Migrationsgeschichte 31,3 Prozent der 15- bis 21-Jährigen die Klassenstufen 11 bis 13 besuchen, liegt der entsprechende Anteil unter den Migranten nur geringfügig darunter, nämlich bei 29,6 Prozent. Der

erste Analyseschritt liefert somit keinerlei Hinweise auf eine systematische Benachteiligung von Migranten im Bildungssystem.

Die zweite Analyse konzentriert sich auf die Altersgruppe der 18- bis 35-jährigen Befragten. Hier wurde untersucht, wie viel Prozent der Befragten aus dieser Alterskohorte in Abhängigkeit von einem Migrationshintergrund eine Fachhochschule oder Hochschule besuchen. Auch hier liegen die beiden Werte sehr nahe beieinander. So beläuft sich der Wert in der Gruppe der Migranten auf 16,8 Prozent, während Befragte ohne Migrationshintergrund, die zwischen 18 und 35 Jahren alt sind, zu 17,0 Prozent eine Fachhochschule oder Hochschule besuchen. Migranten in dieser Altersgruppe sind sogar etwas häufiger an Universitäten zu finden (zu 13,7 Prozent) als Nicht-Migranten (zu 12,9 Prozent). Auch diese Analyse fördert somit keine Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem zutage.

Im Rahmen der dritten Analyse wurden schließlich drei Altersgruppen gebildet (14 bis 29 Jahre; 30 bis 49 Jahre; 50 Jahre und älter), um zu untersuchen, ob hinsichtlich des höchsten erworbenen Bildungsabschlusses Unterschiede zwischen Migranten und Nicht-Migranten feststellbar sind (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Höchster erworbener Schulabschluss in Abhängigkeit vom Alter und einem Migrationshintergrund (Stadt Frankfurt 2007)

	14 bis 29 Jahre		30 bis 49 Jahre		50 Jahre und älter	
	Nicht-Migranten	Migranten	Nicht-Migranten	Migranten	Nicht-Migranten	Migranten
kein Schulabschluss	27,6%	28,5%	0,3%	11,5%	0,8%	18,2%
Haupt- / Volksschulabschluss	8,1%	18,4%	14,6%	31,7%	49,8%	41,7%
Realschulabschluss / Mittlere Reife	19,2%	15,0%	21,3%	17,1%	24,7%	15,3%
Fachhochschulreife / Hochschulreife (Abitur)	45,2%	38,1%	63,9%	39,7%	24,6%	24,8%

Anmerkung: Befragte, die angaben, die allgemein bildende polytechnische Oberschule der DDR abgeschlossen zu haben, wurden zu den Absolventen der Hauptschule gezählt; die zu 100 Prozent fehlenden Werte stammen von Personen, die eine Antwort auf die Frage verweigerten.

Dabei ist zunächst erkennbar, dass in den beiden ältesten Kohorten die Anteile der Personen ohne Schulabschluss deutlich variieren.⁵ Verfügen unter den 30- bis 49-jährigen Migranten 11,5 Prozent nicht über einen Abschluss, so beträgt der Wert für die gleichaltrigen Befragten ohne Migrationshintergrund nur 0,3 Prozent. Noch deutlicher sind die Unterschiede bei den über 50-Jährigen: Während 0,8 Prozent der Nicht-Migranten ohne Abschluss die Schule verlassen haben, sind es unter den Menschen mit Migrationshintergrund 18,2 Prozent. Ansonsten wird deutlich, dass die Qualifikationsstruktur der Migranten durch einen im Vergleich zu den Befragten ohne Migrationshintergrund höheren Anteil an Hauptschulabsolventen gekennzeichnet ist, der insbesondere in der Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen besonders hoch ist. In dieser Kohorte ist auf der anderen Seite der Anteil an Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife bei Migranten

⁵ Die hohen Anteile von Befragten ohne Schulabschluss in der Altersgruppe der 14- bis 29-jährigen sind natürlich darauf zurück zu führen, dass viele Personen in diesem Alter noch eine allgemein bildende Schule besuchen.

weitaus geringer. Interessant ist jedoch der aus den drei Analysen zusammenfassende Befund, dass mit Blick auf die jüngeren Alterskohorten allenfalls eine geringe Benachteiligung im Bildungssystem festgestellt werden kann. Jüngere Menschen, die einen Migrationshintergrund aufweisen, besuchen zu fast gleichen Anteilen die gymnasiale Oberstufe und die Hochschulen wie Befragte ohne Migrationshintergrund, und auch ihr Anteil an Abiturienten ist um nur 7 Prozentpunkte geringer als unter Nicht-Migranten. Auf der anderen Seite jedoch ist der Anteil der Migranten, die einen Hauptschulabschluss aufweisen, im Vergleich zur Residualgruppe mehr als doppelt so hoch. Nur hinsichtlich der älteren Kohorten kann für die Population mit Migrationsgeschichte ein deutlich niedrigeres Qualifikationsniveau festgestellt werden, das insbesondere an den hohen Anteilen an Personen ohne Schulabschluss abzulesen ist.

Bildungsrendite

Abschließend soll nun die Frage nach der Rentabilität einer hohen formalen Bildung aufgegriffen werden. Hierbei wird unterstellt, dass ein hohes Qualifikationsniveau mit einer bevorzugten sozio-ökonomischen Stellung einhergeht. Trifft diese Vermutung zu, so läge das durchschnittliche persönliche Nettoeinkommen (pro Monat) in der Gruppe der Hochschulabsolventen am höchsten, während Befragte mit Haupt- bzw. Volksschulabschluss im Mittel das niedrigste Einkommen aufweisen sollten.

Es wird erwartungsgemäß deutlich, dass ein hohes formales Bildungsniveau mit einem höheren persönlichen Nettoeinkommen einhergeht. Während Personen mit Hauptschulabschluss im Mittel über ein persönliches monatliches Pro-Kopf-(Netto-)Einkommen von 1.122 Euro verfügen, liegen die entsprechenden Werte für Befragte mit Mittlerer Reife und mit Fachabitur bzw. Abitur (aber ohne Hochschulabschluss) bei 1.427 bzw. 1.563 Euro. Der markanteste „Sprung“ auf der Einkommensleiter ergibt sich jedoch, sofern die Befragungsperson einen Hochschulabschluss vorweisen kann. Hier liegt das durchschnittliche Einkommen nämlich bei knapp 2.800 Euro und beträgt somit das 2,5 fache eines Hauptschulabsolventen. Somit kann bilanziert werden, dass in Frankfurt erwartungsgemäß ein hoher Bildungsabschluss zu einer eindeutig bevorzugten sozio-ökonomischen Stellung führt.

5. Beteiligung am Erwerbsleben

Neben der Beteiligung am Bildungssystem ist die persönliche Situation des Einzelnen im Erwerbsleben ein ganz wesentlicher Bestimmungsfaktor für die Position im sozialen Gefüge. Dabei ist die Verortung des Individuums im Bildungssystem zumeist entscheidend im Hinblick auf den späteren Erwerbsstatus. In einer erwerbszentrierten Gesellschaft spielt Arbeit aber nicht nur für die Stellung im sozio-ökonomischen Gefüge eine wichtige Rolle, sondern ist ebenso für das Wohlbefinden des Einzelnen bedeutsam. Gerade Phasen der Erwerbslosigkeit gehen häufig mit psychischen Belastungen einher, die nicht selten auch zu Beeinträchtigungen im sozialen Umfeld (z.B. in der Familie) führen. Weiterhin ist an gesundheitliche Beeinträchtigungen zu denken, die durch belastende Arbeitsbedingungen hervorgerufen werden.

Das folgende Kapitel widmet sich in detaillierter Form der Beteiligung am Erwerbsleben. Hierbei wird zunächst dargestellt, wie hoch in der Stadt Frankfurt der Anteil an Personen ist, die einer bezahlten Tätigkeit nachgehen. Dies wird im Anschluss vergleichend mit den übrigen hessischen Anpassungsschichten des Mikrozensus betrachtet, ehe die Erwerbsarbeit in Abhängigkeit von verschiedenen Merkmalen (Alter, Geschlecht, Bildungsqualifikation, Migrationshintergrund) untersucht wird. Schließlich rücken auch prekäre Beschäftigungsverhältnisse und belastende Arbeitszeiten in den Blickpunkt.

Ausübung einer Erwerbstätigkeit

Eine Erwerbstätigkeit im Sinne des Mikrozensus liegt vor, sofern die befragte Person angibt, innerhalb der letzten zwei Wochen einer bezahlten Tätigkeit nachgegangen zu sein.⁶ In der Stadt Frankfurt traf dies in den Jahren 2004 bis 2007 stets auf etwas mehr als 60 Prozent der Befragten zu: In den Jahren 2004 und 2005 waren rund zwei Drittel aller Befragten in Frankfurt erwerbstätig im Sinne des Mikrozensus. In den Folgejahren gingen die Quoten jedoch stetig zurück, um in 2007 nur noch 61,3 Prozent zu betragen. Somit ist die Stadt Frankfurt im Vergleich zu den übrigen hessischen Anpassungsschichten mittlerweile auf dem vorletzten Platz angekommen. Dies verdeutlicht Tabelle 5:

Tabelle 5: Der Anteil der Erwerbstätigen in der Stadt Frankfurt und in den übrigen hessischen Regionen (2004-2007)

<i>Untersuchungsgebiet nach regionaler Anpassungsschicht (AP)</i>	2004	2005	2006	2007
Stadt Frankfurt	66,5%	67,1%	64,7%	61,3%
Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis	66,8%	68,3%	65,6%	65,4%
Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis	65,0%	65,8%	63,9%	64,0%
Darmstadt-Dieburg, Bergstraße, Odenwaldkreis	65,9%	67,5%	62,3%	63,3%
Stadt Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden	65,6%	66,5%	62,7%	61,1%
Groß-Gerau, LK Offenbach	65,6%	67,0%	63,1%	62,1%
LK Gießen, Marburg-Biedenkopf, Lahn-Dill-Kreis, Limburg-Weilburg, Vogelsbergkreis	63,6%	66,2%	62,9%	62,3%
Stadt Kassel, LK Kassel, Waldeck-Frankenberg	64,5%	64,6%	62,9%	62,1%
LK Fulda, Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder-Kreis, Werra-Meißner-Kreis	63,9%	65,8%	64,1%	62,7%

Berücksichtigt wurden alle Befragungspersonen im Alter von 18 bis 65 Jahren.

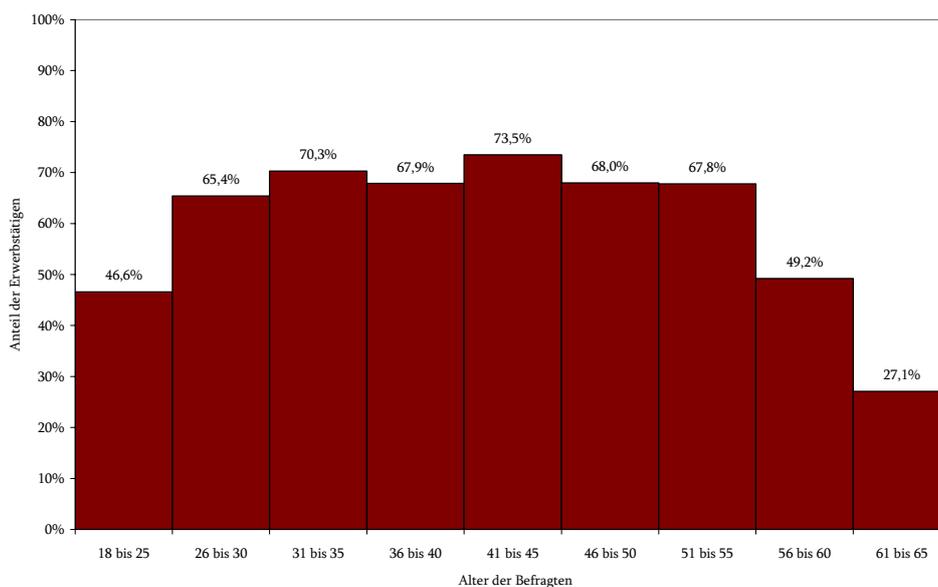
Im langfristigen Trend sind in allen Regionen sinkende Erwerbsquoten zu erkennen. Aber gerade in den urbanen Anpassungsschichten ist dieser Trend besonders stark ausgeprägt. Dem entspricht, dass in den kreisfreien Städten Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden die Erwerbsquote noch ein wenig niedriger liegt als in Frankfurt.

Erwerbstätigkeit in sozialstrukturellen Gruppen

Im Folgenden soll es nun darum gehen, die Beschäftigungssituation in Frankfurt in Abhängigkeit von einzelnen sozialstrukturellen Merkmalen zu untersuchen. Hierbei wird zunächst das Alter der Befragungspersonen berücksichtigt.

⁶ Dahinter verbirgt sich das „Konzept der Berichtswoche“: Die Befragten müssen stets angeben, wie sich ihre Erwerbssituation innerhalb der letzten beiden Wochen dargestellt hat. Hierbei wird davon ausgegangen, dass diese Angaben die aktuelle Situation der Befragungsperson „repräsentativ“ wiedergeben.

Abbildung 7: Erwerbstätigenquoten in der Stadt Frankfurt in Abhängigkeit vom Alter (2007)



Die Erwerbstätigenquote erreicht Abbildung 7 zufolge in der Altersgruppe der 41- bis 45-Jährigen ihren Höhepunkt: Hier gaben knapp drei von vier Befragten (73,5 Prozent) an, innerhalb der letzten beiden Wochen einer bezahlten Tätigkeit nachgegangen zu sein. Insgesamt zeigt sich ein umgekehrt U-förmiger Verlauf: Die Erwerbstätigenquote ist in der jüngsten Altersgruppe noch recht niedrig (46,6 Prozent), steigt dann sukzessive an, um dann spätestens ab dem 55. Lebensjahr wieder beträchtlich zu sinken. So ist nur noch rund die Hälfte der 56- bis 60-Jährigen erwerbstätig (49,2 Prozent), während dies sogar nur für etwa jeden Vierten der Alterskohorte der 61- bis 65-Jährigen gilt (27,1 Prozent). Ältere Menschen beteiligen sich demnach nur in sehr geringem Ausmaß am Erwerbsleben.

Tabelle 6: Der Anteil der Erwerbstätigen in der Altersgruppe der 61- bis 65-Jährigen in der Stadt Frankfurt und in den übrigen hessischen Regionen (2004-2007)

<i>Untersuchungsgebiet nach regionaler Anpassungsschicht (AP)</i>	2004	2005	2006	2007
Stadt Frankfurt	24,6%	27,6%	34,1%	27,1%
Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis	22,8%	25,2%	22,7%	27,3%
Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis	20,3%	21,8%	23,7%	24,6%
Darmstadt-Dieburg, Bergstraße, Odenwaldkreis	22,0%	18,8%	18,1%	19,3%
Stadt Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden	26,8%	28,3%	22,8%	26,5%
Groß-Gerau, LK Offenbach	21,5%	22,4%	22,2%	22,4%
LK Gießen, Marburg-Biedenkopf, Lahn-Dill-Kreis, Limburg-Weilburg, Vogelsbergkreis	18,3%	27,1%	21,5%	21,9%
Stadt Kassel, LK Kassel, Waldeck-Frankenberg	16,8%	17,5%	21,5%	20,4%
LK Fulda, Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder-Kreis, Werra-Meißner-Kreis	16,8%	18,8%	14,8%	17,9%

Nach einem kontinuierlichen Anstieg der Erwerbsquote älterer Menschen, die in einem Spitzenwert von 34,1 Prozent im Jahr 2006 gipfelte, erlebte die Stadt Frankfurt im Jahr 2007 einen deutlichen Einbruch. Im Vergleich zum Vorjahr lag der Anteil der Beschäftigten in der Altersgruppe der 61- bis 65-Jährigen um 7 Prozentpunkte niedriger. Besonders auffällig ist hierbei, dass, mit Ausnahme der Anpassungsschicht, die die Stadt und den Landkreis Kassel sowie den Landkreis Waldeck-Frankenberg umfasst, alle Regionen einen Anstieg der Erwerbsquote Älterer zu verzeichnen hatten. Trotz des deutlichen Rückgangs der Quote belegt die Stadt Frankfurt gemeinsam mit den Taunuskreisen aber noch immer einen Spitzenplatz mit Blick auf die Erwerbstätigkeit älterer Menschen.

Tabelle 7: Der Anteil der erwerbstätigen Frauen in Frankfurt und in den übrigen hessischen Regionen (2004-2007)

<i>Untersuchungsgebiet nach regionaler Anpassungsschicht (AP)</i>	2004	2005	2006	2007
Stadt Frankfurt	60,3%	60,8%	58,1%	55,8%
Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis	58,0%	59,5%	57,9%	57,6%
Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis	55,9%	57,6%	55,3%	56,9%
Darmstadt-Dieburg, Bergstraße, Odenwaldkreis	56,4%	59,2%	55,1%	56,5%
Stadt Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden	58,7%	59,3%	56,1%	55,9%
Groß-Gerau, LK Offenbach	56,3%	59,9%	57,0%	55,2%
LK Gießen, Marburg-Biedenkopf, Lahn-Dill-Kreis, Limburg-Weilburg, Vogelsbergkreis	55,1%	59,2%	56,1%	56,1%
Stadt Kassel, LK Kassel, Waldeck-Frankenberg	55,6%	57,2%	57,8%	57,1%
LK Fulda, Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder-Kreis, Werra-Meißner-Kreis	54,4%	58,1%	56,9%	55,6%

Berücksichtigt wurden alle Befragungspersonen im Alter von 18 bis 65 Jahren.

Für die Erwerbstätigenquote von Frauen gilt dies jedoch nicht. Vielmehr hat die Stadt Frankfurt, die noch in den Jahren 2004 bis 2006 hessenweit als Vorreiter hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Frauen gelten konnte, diesen Rang deutlich eingebüßt. Seit dem Jahr 2005 ist die Quote um fünf Prozentpunkte gesunken. Zwar ist ein Rückgang auch in den meisten anderen Regionen zu erkennen, in Frankfurt aber ist die Entwicklung am stärksten ausgeprägt.

Insgesamt gaben im Jahr 2007, je nach Region, zwischen 55,2 und 57,6 Prozent der befragten Frauen in Hessen an, in den zurückliegenden beiden Wochen einer bezahlten Tätigkeit nachgegangen zu sein. Damit liegt der Anteil der erwerbstätigen Frauen zwischen 10 und 15 Prozentpunkten unter jenem der Männer (Differenz in Frankfurt 2007: 10,8 Prozentpunkte). Fazit: Frauen stellen nach wie vor eine benachteiligte Gruppe auf dem Arbeitsmarkt dar. Auch ist gegenwärtig nicht zu erkennen, dass sich die Erwerbstätigenquoten von Männern und Frauen angleichen.

Deutliche Unterschiede in den Erwerbstätigenquoten lassen sich auch erkennen, wenn nach der formalen Bildungsqualifikation der Befragungspersonen differenziert wird. Dies hängt, wie bereits erwähnt, damit zusammen, dass das Bildungssystem in starkem Maße die Chancen auf dem Arbeitsmarkt determiniert. In Tabelle 8 sind die Erwerbstätigenquoten von Befragten mit Hochschulabschluss, Mittlerer Reife und (Fach-)Abitur für die Stadt Frankfurt und die übrigen hessischen Anpassungsschichten für das Jahr 2007 ausgewiesen.

Tabelle 8: Die Erwerbstätigenquote in Abhängigkeit vom formalen Bildungsabschluss in der Stadt Frankfurt und in den übrigen hessischen Regionen (2007)

<i>Untersuchungsgebiet nach regionaler Anpassungsschicht (AP)</i>	Haupt- schulabschluss	Mittlere Reife	Fach- abitur/Abitur
Stadt Frankfurt	55,3%	63,7%	69,6%
Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis	61,0%	68,3%	70,4%
Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis	56,6%	70,4%	72,8%
Darmstadt-Dieburg, Bergstraße, Odenwaldkreis	57,1%	70,0%	70,7%
Stadt Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden	58,9%	64,7%	67,8%
Groß-Gerau, LK Offenbach	58,2%	71,4%	67,9%
LK Gießen, Marburg-Biedenkopf, Lahn-Dill-Kreis, Limburg-Weilburg, Vogelsbergkreis	59,2%	71,3%	63,9%
Stadt Kassel, LK Kassel, Waldeck-Frankenberg	55,7%	70,9%	66,5%
LK Fulda, Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder-Kreis, Werra-Meißner-Kreis	57,2%	72,1%	68,6%

Berücksichtigt wurden alle Befragungspersonen im Alter von 18 bis 65 Jahren.

Es zeigt sich, dass die Erwerbstätigenquote sehr stark mit dem Qualifikationsniveau der Befragungsperson in Zusammenhang steht. So gaben in allen hessischen Untersuchungsgebieten im Mittel nur zwischen 55 und 61 Prozent aller Hauptschulabsolventen an, in den letzten beiden Wochen einer bezahlten Tätigkeit nachgegangen zu sein. Der Unterschied zur Gruppe der Realschulabsolventen beträgt zwischen 5,8 (Stadt Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden) und 15,2 (Stadt Kassel, LK Kassel und LK Waldeck-Frankenberg) Prozentpunkten. Befragte mit Fachabitur bzw. Abitur erweisen sich dagegen im Vergleich zu Personen mit Mittlerer Reife in einigen Regionen tendenziell sogar als schlechter, denn als besser gestellt, wobei nicht außer Acht gelassen werden darf, dass einige dieser Befragten zum Zeitpunkt der Befragung weitere Bildungseinrichtungen (Fachhochschulen, Universitäten) besucht haben dürften. Blickt man auf die Stadt Frankfurt so weist die Mainmetropole hessenweit die geringsten Anteile an Erwerbstätigen mit Haupt- und Realschulabschluss auf. Hinsichtlich der Erwerbstätigenquote von (Fach-)Abiturienten belegt Frankfurt einen Platz im vorderen Mittelfeld.

Betrachtet man schließlich die Erwerbstätigenquoten in Abhängigkeit von der Frage, ob die Befragungsperson einen Migrationshintergrund aufweist oder nicht, so wird eine Benachteiligung von Migranten deutlich. Im Mittel liegt ihre Erwerbstätigenquote rund 10 Prozentpunkte unter jener der Bevölkerung ohne Migrationsgeschichte, wobei die Differenz in der Stadt Frankfurt mit 11,8 Prozentpunkten leicht überdurchschnittlich ausfällt. In der Zusammenschau stellen folglich gering Qualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund in Frankfurt, stärker als in anderen Regionen Hessens, benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt dar.

Tabelle 9: Die Erwerbstätigenquote in Abhängigkeit von einem Migrationshintergrund der Befragten in Frankfurt und in den übrigen hessischen Regionen (2007)

<i>Untersuchungsgebiet nach regionaler Anpassungsschicht (AP)</i>	Befragte ohne Migrationshintergrund	Befragte mit Migrationshintergrund
Stadt Frankfurt	65,9%	54,1%
Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis	67,5%	58,1%
Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis	65,8%	56,4%
Darmstadt-Dieburg, Bergstraße, Odenwaldkreis	65,0%	55,9%
Stadt Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden	64,8%	54,0%
Groß-Gerau, LK Offenbach	66,0%	53,0%
LK Gießen, Marburg-Biedenkopf, Lahn-Dill-Kreis, Limburg-Weilburg, Vogelsbergkreis	64,0%	55,6%
Stadt Kassel, LK Kassel, Waldeck-Frankenberg	63,9%	54,7%
LK Fulda, Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder-Kreis, Werra-Meißner-Kreis	64,7%	51,5%

Berücksichtigt wurden alle Befragungspersonen im Alter von 18 bis 65 Jahren.

Besondere und prekäre Beschäftigungsverhältnisse

Zum Abschluss dieses Kapitels werden besondere, zum Teil auch prekäre Beschäftigungsverhältnisse in den Fokus gerückt. Hierbei geht es um so genannte „Minijobs“ (geringfügige Beschäftigungen), Teilzeitstellen sowie um außergewöhnliche Arbeitszeiten.

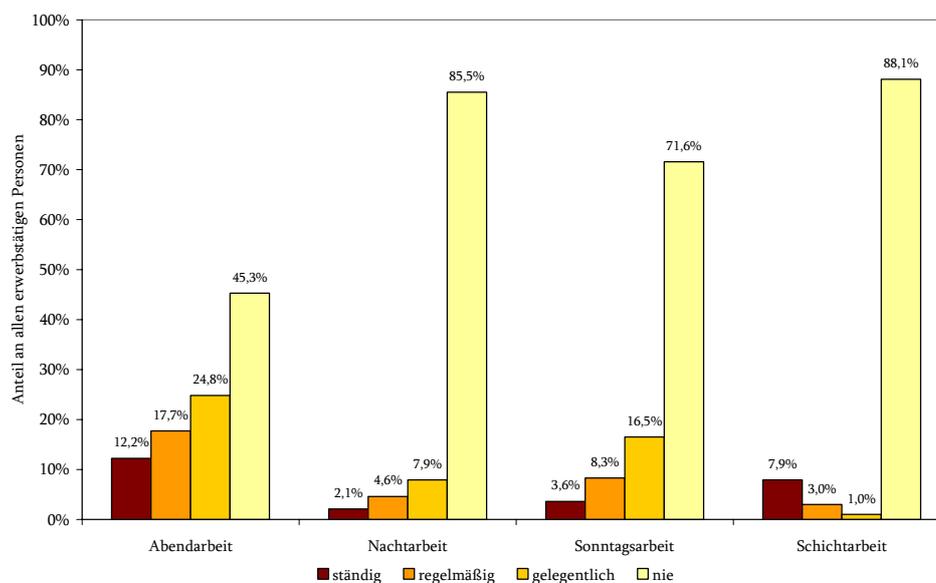
Richtet man den Blick zunächst auf die geringfügigen Beschäftigungen, so gingen im Jahr 2007 4,5 Prozent aller Befragten in der Stadt Frankfurt einer solchen Tätigkeit nach. Dies erscheint auf den ersten Blick nicht besonders eindrücklich. Berechnet man aber in der Folge den Anteil an Personen, die einen Minijob ausüben, an allen erwerbstätigen Personen, so beträgt dieser Wert bereits 9,2 Prozent. Nicht minder bedeutsam ist es danach zu fragen, ob für jene Personen, die einen Minijob ausüben, diese Tätigkeit die einzige oder zentrale Erwerbstätigkeit darstellt. Dies trifft auf 87,4 Prozent der Minijobber zu. Darüber hinaus sind es vornehmlich Frauen, die einen Minijob ausüben; ihr Anteil beträgt 59,0 Prozent. Dabei ist der Frauenanteil unter den Minijobbern in den letzten Jahren rückläufig: Noch im Jahr 2004 waren mehr als zwei Drittel (68,3 Prozent) aller geringfügig Beschäftigten Frauen, und auch im Jahr 2005 lag dieser Wert noch bei 62,1 Prozent, während er in 2006 59,5 Prozent betrug.

Ein ähnliches Bild ist mit Blick auf die Unterscheidung von Voll- und Teilzeitstellen zu erkennen. Demnach hat knapp jede vierte erwerbstätige Person eine Teilzeitstelle inne (23,6 Prozent), unter den Teilzeitbeschäftigten finden sich dabei aber überwiegend Frauen (zu 70,9 Prozent). Seit dem Jahr 2004 ist der Anteil der Frauen unter den Teilzeitbeschäftigten jedoch um knapp fünf Prozentpunkte gesunken. Dagegen ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten zwischen 2004 und 2007 – unabhängig vom Geschlecht – um rund drei Prozentpunkte gestiegen. Zu beachten ist hierbei, dass eine Teilzeitbeschäftigung gerade von Frauen in einigen Fällen durchaus ausdrücklich erwünscht ist.

Außergewöhnliche und belastende Arbeitszeiten

Unter außergewöhnlichen und belastenden Arbeitszeiten werden im Rahmen dieses Berichts vier Aspekte gefasst: Es handelt sich dabei um Sonntags-, Abend-, Nacht- und Schichtarbeit. Zunächst soll in Abbildung 8 ein Überblick über die Verbreitung dieser belastenden Arbeitszeiten geliefert werden.

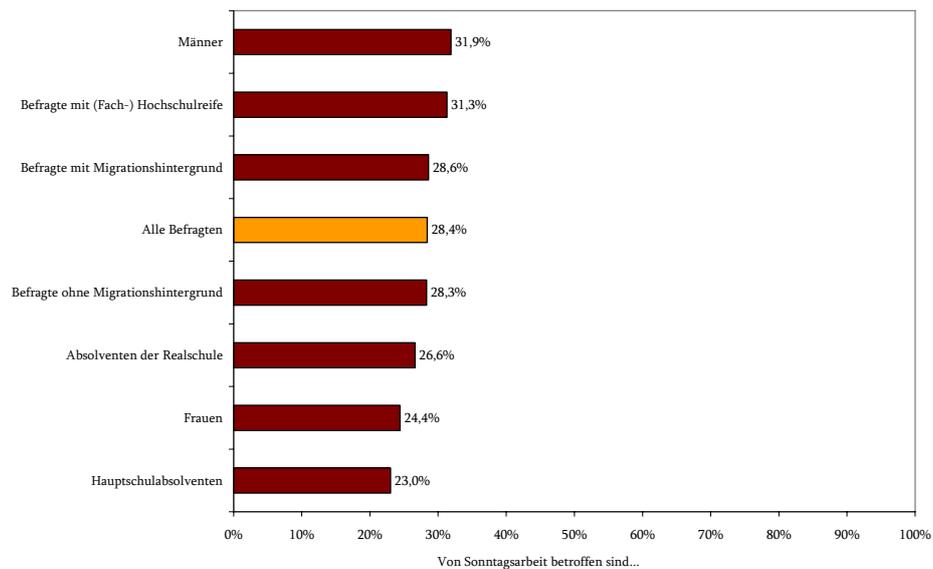
Abbildung 8: Außergewöhnliche und belastende Arbeitszeiten der Erwerbstätigen in der Stadt Frankfurt (2007)



Am häufigsten verbreitet ist die Abendarbeit (zwischen 18 und 23 Uhr), von der mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Personen (54,7 Prozent) angab, sie in den letzten drei Monaten⁷ zumindest gelegentlich ausgeübt zu haben. Für rund jeden Zehnten (12,2 Prozent) traf dies ständig und für knapp jede fünfte bzw. vierte Person regelmäßig bzw. gelegentlich zu. Nachtarbeit ist im Vergleich hierzu weitaus weniger verbreitet. Nur 2,1 Prozent arbeiteten in den vergangenen drei Monaten ständig nachts, weitere 12,5 Prozent regelmäßig oder gelegentlich. Hingegen sind knapp 86 Prozent nicht von Nachtarbeit betroffen gewesen. Ähnlich verhält es sich mit der Schichtarbeit. Jedoch ist hier die Intensität höher, d.h. Personen, die Schicht arbeiten, tun dies in aller Regel häufiger als z.B. Personen, die abends oder nachts arbeiten. Dagegen ist die Sonntagsarbeit, von der immerhin fast 3 von 10 Personen betroffen sind, ein eher gelegentliches Phänomen. Gerade unter ihnen und unter den Abendarbeitern dürfte es sich um Personen handeln, bei denen ab und an mal Arbeit „liegen bleibt“, die dann eben im eigentlichen Feierabend oder am Wochenende verrichtet werden muss. Sie dürften ein vergleichsweise hohes formales Qualifikationsniveau aufweisen und nicht selten leitende Positionen innehaben. Anders, so die Vermutung, sollte dies bei den Nacht- und Schichtarbeitern aussehen: Da es sich hier häufig um Fertigungs- und Produktionsarbeiten handeln dürfte, ist zu erwarten, dass das Qualifikationsniveau dieser Personen vergleichsweise niedrig ist. Auf der anderen Seite ist auch an Personen im Gesundheitswesen (z.B. Ärzte) zu denken, die diesen Zusammenhang mit dem Bildungsniveau abschwächen sollten.

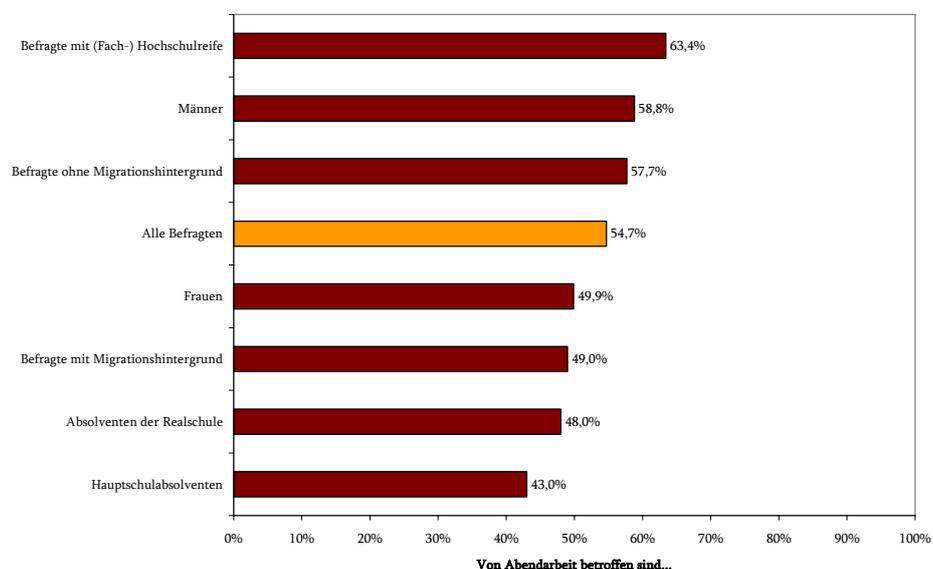
⁷ An dieser Stelle wird im Mikrozensus vom Konzept der Berichtswoche abgewichen und stattdessen nach außergewöhnlichen Arbeitszeiten in den letzten drei Monaten gefragt.

Abbildung 9: Sonntagsarbeit und sozialstrukturelle Merkmale (Frankfurt 2007)



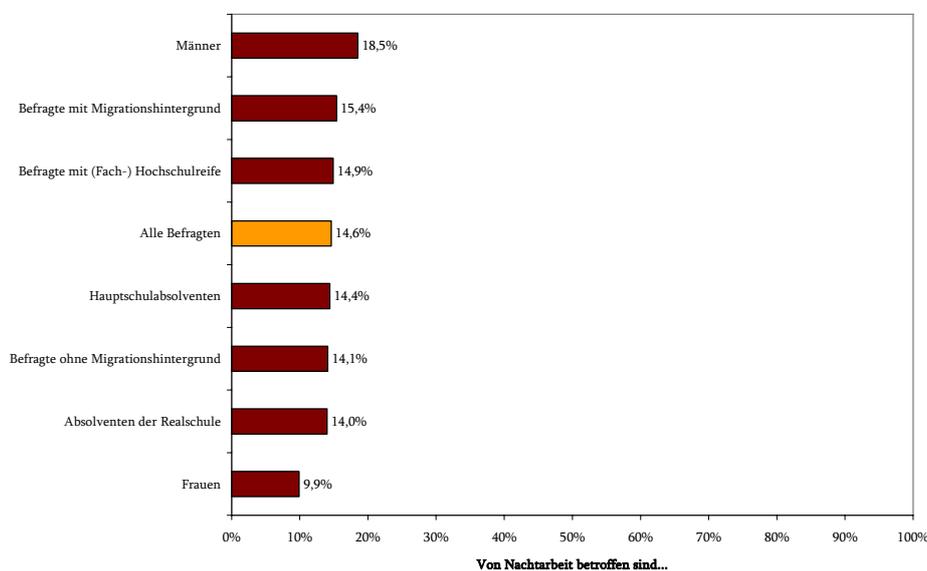
Die folgenden vier Abbildungen (9-12) untersuchen nun den Zusammenhang zwischen ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen (Geschlecht, Bildungsqualifikation und Migrationshintergrund) und außergewöhnlichen und belastenden Arbeitszeiten. So zeigt Abbildung 9, welche Gruppen von Sonntagsarbeit über- und unterdurchschnittlich häufig betroffen sind. Insgesamt haben 28,4 Prozent aller erwerbstätigen Befragten angegeben, in den letzten drei Monaten ständig, regelmäßig oder gelegentlich sonntags gearbeitet zu haben (Balken: alle Befragten). Besonders häufig trifft dies auf die Befragten mit Fachhochschul- oder Hochschulreife zu (zu 31,3 Prozent). Dies liegt, wie eingangs vermutet, offenbar daran, dass diese Gruppe vergleichsweise häufig in gehobenen Positionen tätig ist. Diese wiederum erfordern nicht selten einen (Arbeits-)Einsatz, der über die üblichen Arbeitszeiten hinausgeht. Auch Männer und Befragte mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich häufig von Sonntagsarbeit betroffen, während insbesondere die Absolventen von Haupt- und Realschule vergleichsweise selten mit Sonntagsarbeit in Berührung kommen.

Abbildung 10: Abendarbeit und sozialstrukturelle Merkmale (Frankfurt 2007)



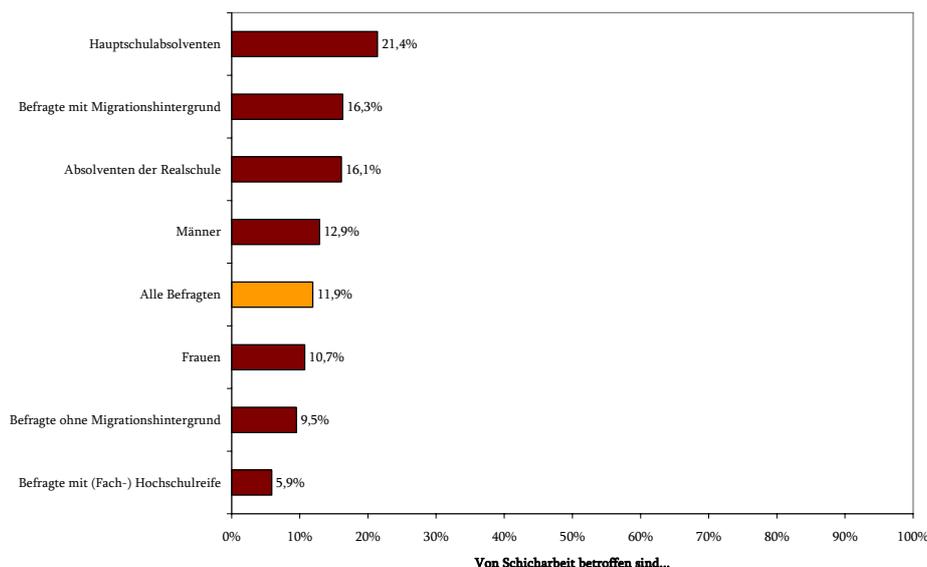
Auch mit Blick auf die Abendarbeit (Abbildung 10) stehen Befragte mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife sowie Männer ganz oben und sind somit am häufigsten von Abendarbeit betroffen. Ebenfalls zeigt es sich, dass Personen mit Realschul- und Hauptschulabschluss sowie Frauen wiederum die unteren drei Ränge einnehmen. Lediglich die Situation bei den Personen mit und ohne Migrationshintergrund kehrt sich um: Befragte ohne Migrationshintergrund, die zuvor weniger Sonntagsarbeit verrichtet haben als Befragte mit Migrationshintergrund, sind nun überdurchschnittlich häufig von Abendarbeit betroffen. Die Ähnlichkeit dieser beiden Abbildungen wurde eingangs mit dem ähnlichen Charakter von Sonntags- und Abendarbeit begründet (liegen gebliebene Arbeiten, z.B. von Arbeitnehmern in leitenden Positionen). Anders (aber in sich wiederum recht ähnlich) dürfte es dagegen um die sozialstrukturelle Zusammensetzung von Nacht- und Schichtarbeitern bestellt sein. Hier handelt es sich, so die Annahme, häufig um Produktions- und Fertigungsarbeiten, die verstärkt von Personen mit vergleichsweise niedrigen Bildungsabschlüssen, aber auch von Menschen mit Migrationshintergrund erledigt werden dürften.

Abbildung 11: Nachtarbeit und sozialstrukturelle Merkmale (Frankfurt 2007)



Bei der Nachtarbeit bestätigt sich diese Vermutung zunächst nicht. Gerade die Befragten mit Fachhochschul- oder Hochschulreife führen diese überdurchschnittlich häufig aus, während die niedrigeren Bildungsabschlüsse leicht unterdurchschnittlich häufig von Nachtarbeit betroffen sind. Zum Teil dürfte die Tätigkeit bestimmter Berufsgruppen (z.B. Ärzte, Rettungsdienstler, Fluglotsen) diese Effekte erklären. Mit Blick auf das Merkmal Migrationshintergrund zeichnet sich ab, dass Migranten vergleichsweise häufig nachts arbeiten. Augenfällig ist zudem der Unterschied zwischen den Geschlechtern: Der Anteil der Männer, die zumindest gelegentlich nachts arbeiten, liegt annähernd doppelt so hoch wie der von Frauen.

Abbildung 12: Schichtarbeit und sozialstrukturelle Merkmale (Frankfurt 2007)



Bei der Schichtarbeit jedoch bestätigt sich die Vermutung eindrücklich: Hauptschulabsolventen, Befragte mit Migrationshintergrund und Personen mit Mittlerer Reife sind weit überdurchschnittlich häufig davon betroffen, während insbesondere für Befragte mit Fachhochschul- oder Hochschulreife Schichtarbeit kaum eine Rolle spielt. Mit Blick auf die Merkmale Bildungsqualifikation und Migrationshintergrund lässt sich in der Zusammenschau resümieren: Personen mit vergleichsweise niedrigem Bildungsabschluss und Migranten sind in doppelter Hinsicht benachteiligt: Zum einen ist ihre Erwerbstätigenquote auf einem sehr niedrigen Niveau angesiedelt. Zum anderen arbeiten diese Personen überdurchschnittlich häufig zu außergewöhnlichen und belastenden Zeiten.

6. Armut und Reichtum

In der sozialpolitischen Debatte finden sich kaum Begriffe, die so stark emotional besetzt sind wie die von Armut und Reichtum. Gleichzeitig wird die Debatte über Armut und Reichtum auch dadurch erschwert, dass die Maßstäbe, wann jemand als arm oder reich zu gelten hat, intra-individuell höchst unterschiedlich sind. Im Folgenden wird nun der Versuch unternommen, auf der Grundlage der vorhandenen Daten Aussagen darüber zu treffen, wie hoch in der Stadt Frankfurt am Main der Anteil derjenigen Personen ist, der in Armut bzw. in Reichtum lebt. Diese Daten werden darüber hinaus mit den übrigen hessischen Anpassungsschichten verglichen. Schließlich geht es darum, bestimmte sozialstrukturelle Gruppen zu identifizieren, die besonders stark von Armut betroffen sind.

Zur Methodik⁸

Für die Analyse von Armut und Reichtum wurde auf die Einkommensdaten im Mikrozensus zurückgegriffen und zunächst das so genannte „Äquivalenzeinkommen“ der befragten Haushalte ermittelt. Um diese Größe zu berechnen wurden in einem ersten Schritt die persönlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder aufsummiert. Da die Abfrage des persönlichen Einkommens im Mikrozensus anhand von Einkommensklassen erfolgte (z.B. zwischen 400 und 700 Euro; zwischen 1.500 und 1.700 Euro), wurde jeweils der Klassenmittelwert als persönliches Einkommen angenommen. Für die höchste Einkommenskategorie (18.000 Euro und mehr) wurde der Wert 30.000 verwendet. Verweigerte mindestens eine Person im Haushalt die Angabe des persönlichen Einkommens, so wurde dieser Haushalt aus der Analyse ausgeschlossen.

Nach der Ermittlung des Haushaltsnettoeinkommens vollzieht sich die Berechnung des Äquivalenzeinkommens durch eine Division durch so genannte Bedarfsgewichte. Generell besteht die Idee des Äquivalenzeinkommens darin, dass das gemeinsame Wirtschaften von mehreren Personen in einem Haushalt Ersparnisse mit sich bringt. Daher wird z.B. das Haushaltsnettoeinkommen eines zweiköpfigen Haushalts nicht durch die Zahl der Haushaltsmitglieder (2) geteilt. Vielmehr erhält jede weitere Person im Haushalt ein Bedarfsgewicht, das 0,5 (für zusätzliche Personen im Haushalt, die 14 Jahre und älter sind) bzw. 0,3 (für Kinder unter 14 Jahren) beträgt. Folglich würde in unserem Beispiel das Haushaltsnettoeinkommen durch den Faktor 1,5 geteilt. Das daraus resultierende Einkommen entspricht dem (bedarfsgewichteten) Äquivalenzeinkommen. Zur Festlegung der Schwellen für Armut und Reichtum spielt gemäß der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung (OECD) der Median des Äquivalenzeinkommens eine bedeutende Rolle. Der Median ist dabei nicht zu verwechseln mit dem arithmetischen Mittel, das im Volksmund auch als „Durchschnitt“ bekannt ist. Der Median ist vielmehr jener Wert einer geordneten Messwertreihe, der diese in zwei gleich große Gruppen teilt.⁹ Sein Vorteil gegenüber dem arithmetischen Mittel besteht in seiner geringen Anfälligkeit gegenüber Ausreißern (siehe Beispiel in Fußnote 9).

Als von Armut betroffen gelten nun Personen, die in Haushalten leben, die weniger als 60 Prozent des Medians des Äquivalenzeinkommens zur Verfügung haben. Die entsprechende Grenze für strenge Armut liegt bei Einkommen unterhalb von 40 Prozent des Medians. Umgekehrt spricht man von gehobenem Wohlstand, wenn das Äquivalenzeinkommen mindestens doppelt so hoch ist wie sein Median; um als reich zu gelten, ist ein dreifach so hohes Einkommen notwendig. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Referenzgruppe, die ganz erheblich für die ermittelten Armuts- und Reichtumsquoten verantwortlich ist. Als Beispiel dient hier die Ermittlung der Armutsquoten in West- und Ostdeutschland. Wird als Berechnungsgrundlage auf das Äquivalenzeinkommen in Gesamtdeutschland zurückgegriffen, so wird man in den neuen Bundesländern eine wesentlich höhere Armutsquote als in den alten Bundesländern erhalten, da sich die Einkommenssituation dort tatsächlich schlechter gestaltet. Greift man dagegen als Berechnungs-

⁸ Die Methode entspricht jener im Bericht: „Armut und Reichtum in Hessen“ des Instituts für Wirtschaft, Arbeit und Kultur der Goethe-Universität Frankfurt am Main (Prof. Dr. Alfons Schmid und Dr. Jürgen Faik) vom Oktober 2008. Dieser Bericht ist zum Download abrufbar unter: <http://www.iwak-frankfurt.de/documents/iwak-report/ArmutReichtumHessen.pdf>. Allerdings ist die Verwendung der Begrifflichkeiten anders: So ist das Äquivalent zu unserer „Armut“ dort die „Armutsgefährdung“, während unsere „strenge Armut“ mit deren „relative Armut“ gleichzusetzen ist.

⁹ Beispiel: Liegen sieben Einkommensangaben vor (2.500, 1.250, 7.500, 8.000, 25.000, 1.300, 2.100), so werden diese in einem ersten Schritt in eine Reihenfolge gebracht (1.250, 1.300, 2.100, 2.500, 7.500, 8.000, 25.000). Der Median entspricht nun genau jenem Wert, der die Messwertreihe in zwei gleich große Gruppen teilt. In diesem Falle ist dies der Wert 2.500 (Euro), da sich links und rechts davon jeweils drei weitere Messwerte befinden. Das arithmetische Mittel läge in diesem Beispiel bei 6.807 Euro und somit deutlich höher.

grundlage für die Armutsquoten jeweils auf die Mediane des Äquivalenzeinkommens in den unterschiedlichen Landesteilen zurück, so dürften die Armutsquoten in beiden Landesteilen wesentlich dichter beieinander liegen.

Auch in den neun hessischen Anpassungsschichten gibt es zum Teil beträchtliche Unterschiede in den Äquivalenzeinkommen (vgl. Tabelle 10). Insbesondere ist ein markantes Süd-Nord-Gefälle zu verzeichnen.

Tabelle 10: Die Mediane des Äquivalenzeinkommens sowie die Armuts- und Wohlstandsgrenzen in Frankfurt und den übrigen hessischen Anpassungsschichten (2007)

<i>Untersuchungsgebiet nach regionaler Anpassungsschicht (AP)</i>	Median: Äquivalenzeinkommen	Grenze: Armut	Grenze: strenge Armut	Grenze: gehobener Wohlstand	Grenze: Reichtum
Stadt Frankfurt	1.400	840	560	2.800	4.200
Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis	1.613	968	646	3.228	4.842
Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis	1.385	831	554	2.770	4.155
Darmstadt-Dieburg, Bergstraße, Odenwaldkreis	1.433	860	573	2.866	4.299
Stadt Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden	1.357	814	543	2.714	4.071
Groß-Gerau, LK Offenbach	1.450	870	580	2.900	4.350
LK Gießen, Marburg-Biedenkopf, Lahn-Dill-Kreis, Limburg-Weilburg, Vogelsbergkreis	1.239	744	496	2.480	3.720
Stadt Kassel, LK Kassel, Waldeck-Frankenberg	1.225	735	490	2.450	3.675
LK Fulda, Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder-Kreis, Werra-Meißner-Kreis	1.233	740	493	2.466	3.699

Als Grundlage für die Berechnung von Armutsquoten wird im Folgenden auf die gruppenspezifischen Medianwerte des Äquivalenzeinkommens abgestellt. Dies erfolgt daher, weil den regionalen Unterschieden im Einkommensniveau Rechnung getragen werden sollte. Es ist vielfach nicht sinnvoll, die Armutsquote in tendenziell peripher gelegenen Regionen am Median des hessischen Äquivalenzeinkommens zu bemessen. Schließlich spiegeln die Unterschiede in der Verteilung des Äquivalenzeinkommens auch Differenzen wider, die sich in anderen Sektoren (z.B. am Wohnungsmarkt) bemerkbar machen. Eine strenge Armuts- oder Reichtumsquote von z.B. 10 Prozent in der Stadt Frankfurt bedeutet folglich, dass 10 Prozent der Frankfurter Bevölkerung mit weniger als 40 Prozent des Medians des Äquivalenzeinkommens aller *Frankfurter* auskommen müssen. Dennoch werden vergleichend auch die Armuts- und Reichtumsquoten für die einzelnen Regionen anhand der für das Bundesland Hessen ermittelten Medianäquivalenzeinkommen ausgewie-

sen. Dies geschieht nicht zuletzt, um eine Sensibilisierung für die Bedeutsamkeit des Referenzmaßstabes für Armut und Reichtum herzustellen.

Armut

Eine Person in der Stadt Frankfurt gilt auf der Basis der Daten des Mikrozensus im Jahre 2007 als arm, wenn sie in einem Haushalt lebt, dessen Äquivalenzeinkommen geringer als 840 Euro ist (vgl. Tabelle 11). Dies trifft auf 18,2 Prozent aller Personen zu. Von diesen 18,2 Prozent leben 3,8 Prozent in strenger Armut und verfügen folglich über ein Äquivalenzeinkommen, das unterhalb von 560 Euro liegt. In Tabelle 11 sind die vergleichenden Werte für die übrigen hessischen Anpassungsschichten ausgewiesen:

Tabelle 11: Anteile der in Armut und strenger Armut lebenden Bevölkerung in Frankfurt und in den übrigen hessischen Regionen – Referenz Anpassungsschichten (2004-2007)

<i>Untersuchungsgebiet nach regionaler Anpassungsschicht (AP)</i>	2004		2005		2006		2007	
	Armut	davon strenge Armut	Armut	davon strenge Armut	Armut	davon strenge Armut	Armut	davon strenge Armut
Stadt Frankfurt	14,9%	4,9%	20,8%	5,4%	20,3%	3,8%	18,2%	3,8%
Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis	15,0%	4,2%	14,8%	4,8%	15,3%	3,3%	14,8%	4,7%
Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis	13,7%	3,7%	13,2%	4,1%	11,9%	2,1%	14,7%	2,6%
Darmstadt-Dieburg, Bergstraße, Odenwaldkr.	13,1%	2,8%	12,5%	3,5%	10,5%	1,6%	14,4%	3,6%
Stadt Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden	16,3%	6,0%	17,5%	5,2%	14,0%	2,2%	18,2%	3,2%
Groß-Gerau, LK Offenbach	16,6%	4,3%	17,1%	4,4%	16,5%	2,5%	15,4%	2,2%
LK Gießen, Marburg-Biedenk., Lahn-Dill, LM-Weilb., Vogelsberg	15,1%	4,2%	14,3%	4,4%	12,4%	2,8%	12,6%	3,0%
Stadt Kassel, LK Kassel, Waldeck-Frankenberg	15,7%	4,2%	13,7%	3,1%	13,0%	1,6%	12,8%	2,3%
LK Fulda, Hersfeld-Rotenb., Schwalm-Eder, Werra-Meißner	13,2%	4,0%	14,1%	2,5%	11,7%	2,3%	10,8%	2,6%

Anmerkung: Die Armutsquoten wurden auf Basis des Medianäquivalenzeinkommens (weniger als 60%: Armut; weniger als 40%: strenge Armut) *der jeweiligen Anpassungsschichten* berechnet

Die Tabelle verdeutlicht, dass in den urbanen Zentren die Armutsquoten höher liegen als in den ländlichen Gebieten. So weisen neben der Stadt Frankfurt die Städte Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden – hier als Einheit verstanden – den höchsten Anteil an armen Menschen auf. In stren-

ger Armut leben insgesamt zwischen gut zwei und knapp fünf Prozent der hessischen Bevölkerung, wobei der Wert in jener Anpassungsschicht, die den Hochtaunuskreis, den Main-Taunus-Kreis und den Rheingau-Taunus-Kreis umfasst, am höchsten liegt. Mit Blick auf die strenge Armutsquote nimmt die Stadt Frankfurt den zweiten Rang ein. In den ländlich geprägten Regionen Nord- und Mittelhessens finden sich, zieht man als Referenzmaßstab die jeweiligen anpassungsspezifischen Mediane des Äquivalenzeinkommens heran, die niedrigsten Armutsquoten. Dort haben sich die Quoten in den letzten Jahren verringert. Gleiches gilt auch für die Stadt Frankfurt, die nach einem sprunghaften Anstieg im Jahr 2005 seitdem wieder sinkende Armutsquoten verzeichnet. In anderen Regionen dagegen, so z.B. in den Anpassungsschichten Darmstadt-Dieburg / Bergstraße / Odenwaldkreis, in den kreisfreien Städten Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden sowie im Wetteraukreis / Main-Kinzig-Kreis ist die Armutsquote in 2007 jeweils nach einer Erholung im Vorjahr stark angestiegen.

Tabelle 12: Anteile der in Armut und strenger Armut lebenden Bevölkerung in Frankfurt und in den übrigen hessischen Regionen – Referenz Hessen (2004-2007)

<i>Untersuchungsgebiet nach regionaler Anpassungsschicht (AP)</i>	2004		2005		2006		2007	
	Armut	davon strenge Armut	Armut	davon strenge Armut	Armut	davon strenge Armut	Armut	davon strenge Armut
Stadt Frankfurt	14,0%	4,5%	15,7%	4,7%	14,9%	2,9%	17,8%	3,8%
Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis	9,1%	3,1%	8,6%	2,8%	6,9%	1,7%	9,6%	2,4%
Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis	13,4%	3,6%	13,2%	4,1%	11,9%	2,1%	14,6%	2,6%
Darmstadt-Dieburg, Bergstraße, Odenwaldkr.	12,6%	2,7%	12,3%	3,5%	10,5%	1,6%	13,4%	3,0%
Stadt Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden	16,6%	6,0%	17,1%	5,2%	14,0%	2,2%	18,9%	3,4%
Groß-Gerau, LK Offenbach	12,3%	2,8%	12,5%	3,4%	12,0%	1,6%	14,3%	2,0%
LK Gießen, Marburg-Biedenk., Lahn-Dill, LM-Weilb., Vogelsberg	16,8%	4,7%	16,9%	5,2%	16,2%	3,6%	19,8%	4,1%
Stadt Kassel, LK Kassel, Waldeck-Frankenberg	17,8%	4,6%	16,5%	3,8%	16,5%	2,1%	21,0%	3,8%
LK Fulda, Hersfeld-Rotenb., Schwalm-Eder, Werra-Meißner	16,0%	4,8%	17,1%	3,2%	14,4%	2,8%	18,1%	4,5%

Anmerkung: Die Armutsquoten wurden auf Basis des Medianäquivalenzeinkommens (weniger als 60%: Armut; weniger als 40%: strenge Armut) *des Bundeslandes Hessen* berechnet

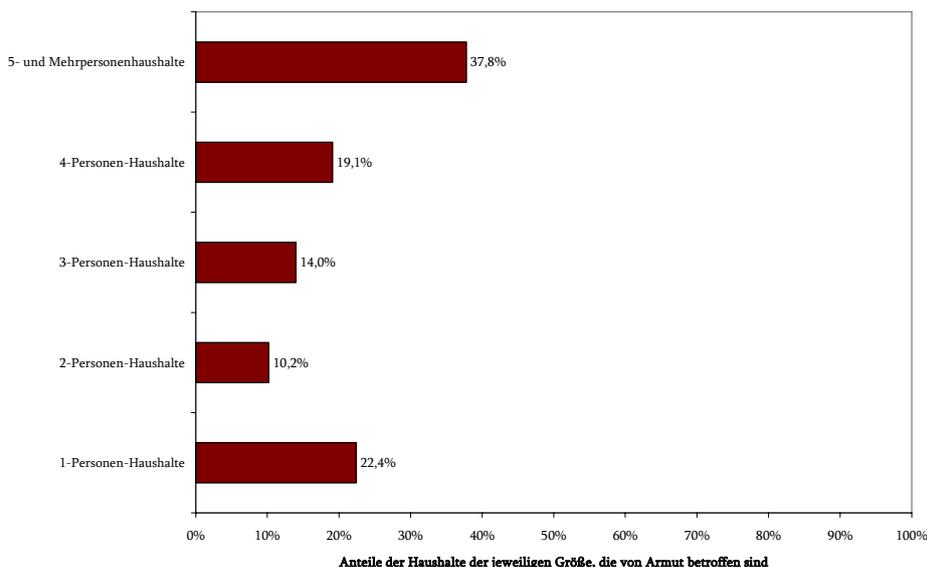
Auch Tabelle 12 berichtet die Armutsquoten in den regionalen Anpassungsschichten von 2004 bis 2007, weist allerdings einen entscheidenden Unterschied auf. Die hier ausgewiesenen Quoten beziehen sich nämlich nun nicht mehr auf die spezifischen Medianwerte des Äquivalenzeinkommens in den jeweiligen Anpassungsschichten, sondern vielmehr auf den Median des Äquivalenzeinkommens in Hessen. Dieser beträgt beispielsweise im Jahr 2007 1.375 Euro. Die sich daraus ergebenden Folgen sind klar: In jenen Regionen, in denen sich der regionale Median des Äquivalenzeinkommens nur geringfügig vom hessischen Medianäquivalenzeinkommen unterscheidet, bleiben die Armutsquoten weitgehend stabil. Dies trifft z.B. auf die Stadt Frankfurt zu. Hier lag der Median des Äquivalenzeinkommens im Jahr 2007 bei 1.400 Euro, also 25 Euro über dem hessischen Wert. Folglich sind die Armutsquoten in der Stadt Frankfurt geringfügig niedriger, wenn das Bundesland als Referenzmaßstab herangezogen wird (17,8 im Vergleich zu 18,2 Prozent). Ähnlich verhält es sich in der Anpassungsschicht Darmstadt-Dieburg / Odenwaldkreis / Bergstraße und dem Landkreis Offenbach / Groß-Gerau. Auch dort liegt der hessische Wert knapp unterhalb des regionenspezifischen Medians, so dass daraus niedrigere Armutsquoten resultieren.

Zu besonders deutlichen Unterschieden in den Armutsquoten kommt es demnach in Regionen, in denen sich der regionale und der hessische Wert des Medians des Äquivalenzeinkommens stark unterscheiden. So liegen die Armutsquoten in den ländlichen Regionen Nord- und Mittelhessens beträchtlich höher als in Tabelle 11, da in diesen Gebieten das regionale Medianäquivalenzeinkommen um bis zu 150 Euro unter dem hessischen Wert liegt. Umgekehrt ergeben sich nun für die Anpassungsschicht, die den Hochtaunuskreis, den Main-Taunus-Kreis und den Rheingau-Taunus-Kreis umfasst, die geringsten Armutsquoten, da das dortige regionale Äquivalenzeinkommen das hessische Äquivalenzeinkommen um 238 Euro übersteigt. In der Längsschnittperspektive ist das Medianäquivalenzeinkommen in Hessen zwischen 2004 und 2007 stetig gestiegen: Betrug es 2004 noch 1.290 Euro, so lagen die entsprechenden Werte für 2005 bei 1.321 Euro, in 2006 bei 1.333 Euro und schließlich bei 1.375 Euro im Jahr 2007. Die Gegenüberstellung der Tabellen 11 und 12 sollte verdeutlichen, welche immense Bedeutung der Referenzmaßstab für die Berechnung der Quoten für Armut und strenge Armut aufweist. Wie bereits angedeutet ist es aus unserer Sicht sehr wichtig, eine möglichst kleinräumige Perspektive als Referenzmaßstab zu wählen, wenn man beabsichtigt, Armutsquoten für bestimmte Regionen zu berichten und zu vergleichen.

Armut und sozialstrukturelle Merkmale

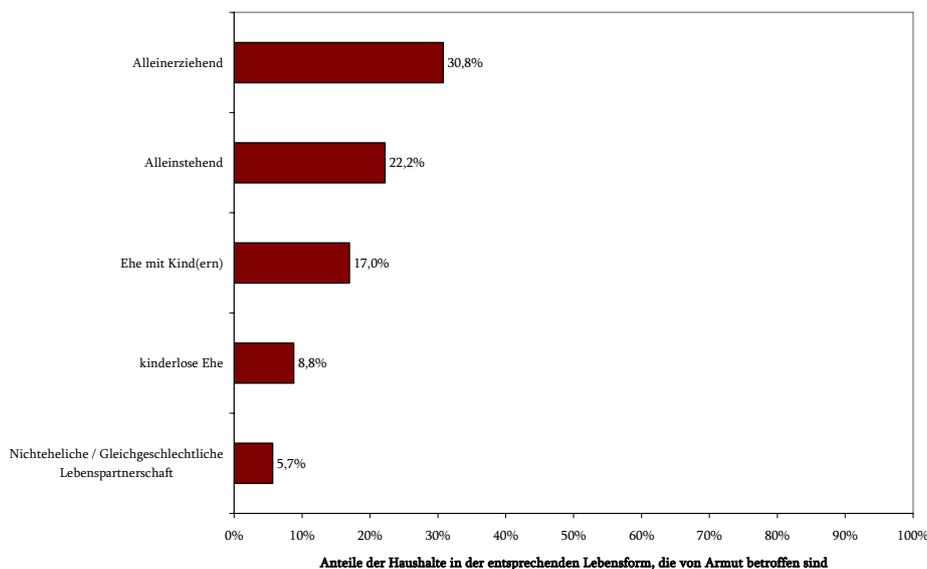
Wie sich in den folgenden Ausführungen zeigen wird, ist das Risiko, von Armut betroffen zu sein, mit einigen sozialstrukturellen Merkmalen verknüpft. Die nachstehenden Analysen nehmen die Haushaltsgröße, die Lebensform, das Alter, den Migrationshintergrund, die formale Bildungsqualifikation und die Beteiligung am Erwerbsleben in den Blick, die wiederum, selbstredend, auch untereinander teils beträchtlich korrelieren.

Abbildung 13: Armut in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße auf der Ebene der Haushalte (Frankfurt 2007)



Nimmt man die für Frankfurt berichtete Armutsquote von 18,2 Prozent als Ausgangspunkt, so ist, widmet man sich der Frage der Abhängigkeit von Armut und Haushaltsgröße, erkennbar, dass sowohl die Einpersonenhaushalte, aber ganz besonders die Haushalte mit fünf und mehr Personen ein überdurchschnittliches Armutsrisiko aufweisen. Von allen Haushalten, in denen fünf und mehr Personen leben, unterschritt mehr als ein Drittel (37,8 Prozent) die Einkommensgrenze, die für Armut maßgeblich ist. Da es sich hierbei vorrangig um Familien mit mehreren Kindern handeln dürfte, bedeutet dieser Befund zugleich, dass diese Lebensform besonders stark von Armut betroffen ist. Zugespißt stellt dieser Befund auch ein Indiz dafür dar, dass viele Kinder in ärmerlichen Verhältnissen aufwachsen oder, anders gewendet, dass viele Kinder das Armutsrisiko stark erhöhen. Wesentlich positiver gestaltet sich die Situation dagegen für Personen, die in Zwei- oder Dreipersonenhaushalten leben.

Abbildung 14: Armut in Abhängigkeit von der Lebensform auf der Ebene der Haushalte (Frankfurt 2007)



Wie Abbildung 14 zeigt, variiert die Wahrscheinlichkeit, in Armut zu leben, in Abhängigkeit von der praktizierten Lebensform. Demnach sind nur 5,7 Prozent aller Haushalte, in denen eine nicht-eheliche oder gleichgeschlechtliche Partnerschaft „gelebt“ wird, hiervon betroffen. Auch die Lebensform „kinderlose Ehe“ weist ein vergleichsweise geringes Armutsrisiko auf. Sobald jedoch mindestens ein Kind im Haushalt lebt, steigt für den entsprechenden Haushalt die Armutsquote deutlich auf 17,0 Prozent an. Das höchste Armutsrisiko weist schließlich die Lebensform „Alleinerziehend“ auf: annähernd drei von zehn Haushalten, in denen ein Vater oder eine Mutter alleine mindestens ein Kind erzieht, leben unterhalb der Grenze von 60 Prozent des Medians des Äquivalenzeinkommens in der Stadt Frankfurt.

In der gesellschaftlichen und sozialpolitischen Diskussion ist der Begriff der Altersarmut mittlerweile tief verankert. Auch wenn von einigen Seiten dieses Phänomen bereits heute als gegenwärtig betrachtet wird, so zeigen die Daten des Mikrozensus ein anderes Bild. Ältere Menschen weisen demnach in der Stadt Frankfurt (2007) ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko auf. So sind in der Altersgruppe der 61- bis 70-Jährigen 11,4 Prozent von Armut betroffen. Die entsprechenden Werte für die 71- bis 80-Jährigen sowie für die Hochbetagten (81 Jahre und älter) betragen 9,3 und 12,0 Prozent. Altersarmut scheint somit gegenwärtig in der Lebenswirklichkeit der Menschen noch nicht jenen Stellenwert zu besitzen, der ihr bisweilen zugeschrieben wird. Dies schließt jedoch nicht aus, dass im Zuge der demografischen Entwicklung, die mit Finanzierungsengpässen in der gesetzlichen Rentenversicherung einhergehen wird und vor dem Hintergrund der nachwachsenden Generationen, die in wesentlich stärkerem Maße unterbrochene Erwerbsbiographien aufweisen werden als die heutige ältere Generation, dieses Thema in Zukunft eine große Rolle spielen wird.

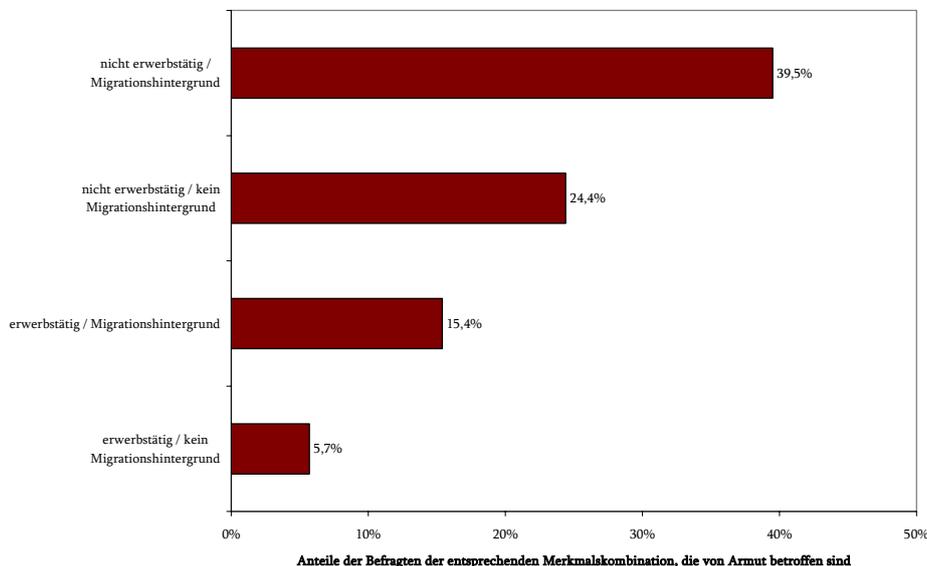
Die formale Bildungsqualifikation, die wesentlich für die Verteilung von Chancen im Erwerbsleben verantwortlich ist, weist erwartungsgemäße Zusammenhänge mit dem Risiko auf, von Armut betroffen zu sein. Allerdings sind die Unterschiede in den Armutsquoten in Abhängigkeit vom Bildungsniveau nicht so stark wie man vielleicht erwarten könnte: Demnach ist für Absolventen der Realschule und Personen mit Hochschulreife die Armutsquote am geringsten. Rund jeder Zehnte unter ihnen (11,7 bzw. 11,8 Prozent) ist von Armut betroffen. Für Befragte mit Fachhochschulreife gilt dies für immerhin 16,6 Prozent, während erwartungsgemäß die Hochschulabsolventen die höchste Armutsquote aufweisen (20,6 Prozent). Halten sich diese Unterschiede noch in Grenzen, so sind signifikante Differenzen in den Armutsquoten erkennbar, wenn nach der Beteiligung am Erwerbsleben unterschieden wird. Befragte, die angaben, in den letzten beiden Wochen vor der Befragung einer auf Erwerb ausgerichteten Tätigkeit nachgegangen zu sein, fallen nur zu 9,0 Prozent unter die relevanten Grenzen für Armut. In der Vergleichsgruppe, die im gleichen Zeitraum keiner Erwerbstätigkeit nachging, liegt der entsprechende Wert mit 25,2 Prozent deutlich darüber.

Ähnlich markant sind die Unterschiede, wenn man das Armutsrisiko in der Gruppe der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund vergleicht: Während Befragte ohne Migrationshintergrund eine Armutsquote von 15,8 Prozent aufweisen, sind unter den Migranten 28,2 Prozent von Armut betroffen. Abschließend sollen die beiden Merkmale Erwerbstätigkeit und Migrationshintergrund in Kombination betrachtet werden. Hieraus ergeben sich vier Gruppen:

- erwerbstätige Befragte ohne Migrationshintergrund
- erwerbstätige Befragte mit Migrationshintergrund
- erwerbslose Befragte ohne Migrationshintergrund sowie
- erwerbslose Befragte mit Migrationshintergrund.

In Abbildung 15 ist deutlich zu erkennen, dass beide Merkmale einen eigenständigen Effekt auf die Wahrscheinlichkeit ausüben, von Armut betroffen zu sein.

Abbildung 15: Armut in Abhängigkeit von der Beteiligung am Erwerbsleben und von einem Migrationshintergrund (Frankfurt 2007)



Die Gruppe mit der geringsten Armutsgefährdung stellen erwartungsgemäß erwerbstätige Personen ohne Migrationshintergrund dar (zu 5,7 Prozent). Wesentlich häufiger von Armut betroffen sind dagegen die erwerbstätigen Migranten (zu 15,4 Prozent), auch wenn sie mit dieser Quote noch ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko aufweisen. Auch bei den nicht Erwerbstätigen gibt es, zusätzlich zu dem ohnehin höheren Niveau der Armutsquote, deutliche Unterschiede zwischen Migranten und Nicht-Migranten: Während erwerbslose Befragte ohne Migrationshintergrund eine Armutsquote von 24,4 Prozent aufweisen, sind fast vier von zehn erwerbslosen Migranten (39,5 Prozent) von Armut betroffen.

Reichtum

Zum Abschluss dieses Kapitels soll noch das Thema Reichtum aufgegriffen werden. Wie bereits eingangs im Abschnitt zu den Methoden der Erfassung von Armut und Reichtum erwähnt, wird in Anlehnung an die Kriterien der OECD zwischen gehobenem Wohlstand und Reichtum unterschieden. Der gehobene Wohlstand liegt vor, sofern ein Haushalt bzw. eine Person ein Äquivalenzeinkommen aufweist, das mehr als 200 Prozent des Medians beträgt. Die entsprechende Grenze für den Reichtum liegt bei 300 Prozent.

Äquivalent zu der Ausweisung der Armutsquoten sollen nun auch die Quoten für gehobenen Wohlstand und Reichtum vorgestellt werden. Dies geschieht zum einen unter Bezugnahme des gruppenspezifischen Medianäquivalenzeinkommens, das die regionalen Unterschiede in den Einkommen stärker berücksichtigt. Zum anderen werden aber auch die Quoten für gehobenen Wohlstand und Reichtum ausgegeben, die als Referenzmaßstab das jeweilige hessische Medianäquivalenzeinkommen heranziehen.

Mit Blick auf die Stadt Frankfurt sind im Vergleich zu den übrigen hessischen Regionen sowohl überproportionale Wohlstands- als auch Reichtumsquoten zu erkennen (vgl. Tabelle 13).

Tabelle 13: Anteile der in gehobenem Wohlstand und in Reichtum lebenden Bevölkerung in Frankfurt und in den übrigen hessischen Regionen – Referenz Anpassungsschichten (2004-2007)

<i>Untersuchungsgebiet nach regionaler Anpassungsschicht (AP)</i>	2004		2005		2006		2007	
	Wohl- stand	Reich- tum	Wohl- stand	Reich- tum	Wohl- stand	Reich- tum	Wohl- stand	Reich- tum
Stadt Frankfurt	6,9%	2,9%	7,4%	3,7%	7,6%	4,3%	7,7%	3,9%
Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis	6,7%	3,5%	5,9%	3,0%	6,8%	3,6%	6,4%	3,8%
Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis	6,2%	2,5%	6,5%	1,9%	6,2%	2,3%	5,6%	2,4%
Darmstadt-Dieburg, Bergstraße, Odenwaldkr.	5,6%	2,3%	7,0%	1,7%	6,8%	2,5%	5,3%	2,1%
Stadt Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden	7,2%	3,4%	7,4%	2,8%	8,0%	3,8%	7,4%	4,0%
Groß-Gerau, LK Offenbach	6,5%	2,6%	5,7%	2,4%	5,6%	2,5%	5,5%	2,7%
LK Gießen, Marburg-Biedenk., Lahn-Dill, LM-Weilb., Vogelsberg	5,8%	2,1%	5,6%	2,2%	6,5%	2,2%	5,9%	2,1%
Stadt Kassel, LK Kassel, Waldeck-Frankenberg	4,6%	1,9%	5,4%	1,3%	6,5%	1,5%	6,2%	1,3%
LK Fulda, Hersfeld-Rotenb., Schwalm-Eder, Werra-Meißner	5,3%	1,2%	4,8%	1,7%	5,1%	1,6%	5,2%	1,9%

Anmerkung: Die Wohlstands- und Reichtumsquoten wurden auf Basis des Medianäquivalenzeinkommens (mehr als 200%: gehobener Wohlstand; mehr als 300%: Reichtum) *der jeweiligen Anpassungsschichten* berechnet

Demzufolge lebten im Jahr 2007 7,7 Prozent der Frankfurter Bevölkerung in gehobenem Wohlstand und 3,9 Prozent in Reichtum. Der Anteil der in gehobenem Wohlstand lebenden Bevölkerung in Frankfurt ist hierbei hessenweit am höchsten, lediglich die zweite urban geprägte Anpassungsschicht mit den Städten Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden reicht annähernd an diesen Wert heran. Diese Gebietseinheit weist auch im Hinblick auf den Reichtum die höchste Quote auf, diesmal gefolgt von der Stadt Frankfurt. In Verbindung mit den Befunden zur Armut kann somit konstatiert werden, dass die soziale Kluft gerade in den Ballungszentren besonders stark ausgeprägt ist. Denn hier befinden sich, im Vergleich zu den übrigen Regionen, sowohl die Armuts- als auch die Wohlstands- und Reichtumsquoten stets in der Spitzengruppe. Schließlich zeigt sich hinsichtlich der Anteile der in gehobenem Wohlstand und in Reichtum lebenden Bevölkerung, anders als bei den Armutsquoten, eine recht hohe Konstanz im Zeitverlauf.

In Tabelle 14 sind schließlich erneut die Wohlstands- und Reichtumsquoten für die regionalen Gebietseinheiten ausgewiesen, diesmal allerdings mit dem hessischen Medianäquivalenzeinkommen als Referenzmaßstab.

Tabelle 14: Anteile der in gehobenem Wohlstand und in Reichtum lebenden Bevölkerung in Frankfurt und in den übrigen hessischen Regionen (2004-2007) – Referenz Hessen

<i>Untersuchungsgebiet nach regionaler Anpassungsschicht (AP)</i>	2004		2005		2006		2007	
	Wohl- stand	Reich- tum	Wohl- stand	Reich- tum	Wohl- stand	Reich- tum	Wohl- stand	Reich- tum
Stadt Frankfurt	7,0%	3,3%	8,6%	3,9%	7,8%	4,6%	8,7%	4,0%
Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis	9,6%	4,9%	9,7%	4,0%	10,6%	6,2%	10,3%	5,6%
Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis	6,3%	2,5%	6,4%	2,1%	6,2%	2,3%	5,8%	2,4%
Darmstadt-Dieburg, Bergstraße, Odenwaldkr.	6,1%	2,4%	7,0%	1,8%	6,8%	2,5%	6,6%	2,3%
Stadt Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden	7,0%	3,4%	7,5%	2,9%	8,0%	3,8%	7,4%	4,0%
Groß-Gerau, LK Offenbach	7,9%	3,2%	6,8%	2,8%	6,8%	2,9%	6,4%	3,0%
LK Gießen, Marburg-Biedenk., Lahn-Dill, LM-Weilb., Vogelsberg	4,2%	1,5%	3,6%	1,7%	4,6%	1,6%	4,2%	1,5%
Stadt Kassel, LK Kassel, Waldeck-Frankenberg	3,3%	1,5%	3,5%	1,0%	4,1%	1,1%	3,3%	0,9%
LK Fulda, Hersfeld-Rotenb., Schwalm-Eder, Werra-Meißner	3,9%	0,9%	3,6%	1,2%	3,5%	1,1%	3,1%	1,3%

Anmerkung: Die Wohlstands- und Reichtumsquoten wurden auf Basis des Medianäquivalenzeinkommens (mehr als 200%: gehobener Wohlstand; mehr als 300%: Reichtum) *des Bundeslandes Hessen* berechnet

Diese methodische Variation führt dazu, dass sich die Wohlstands- und Reichtumsquoten in jenen Regionen verringern, die ein im Vergleich zu Hessen geringeres Einkommensniveau aufweisen. Auf diese Weise sind die niedrigen Wohlstands- und Reichtumsquoten in den nordhessischen Regionen und in der Gebietseinheit LK Gießen / Marburg-Biedenkopf / Lahn-Dill / Limburg-Weilburg / Vogelsbergkreis zu erklären. Umgekehrt erhält man in jenen Gebieten wesentlich höhere Quoten für Wohlstand und Reichtum, in denen das regionale Einkommensniveau das hessische übertrifft. Dies gilt insbesondere für jene Gebietseinheit, die den Hochtaunuskreis sowie die Landkreise Main-Taunus und Rheingau-Taunus umfasst. In Regionen hingegen, deren Einkommensniveau sich vom hessischen Mittel kaum unterscheidet, sind nur geringfügige Unterschiede zu erkennen. Hierzu zählt auch die Stadt Frankfurt, die, wird das Bundesland als Referenz gewählt, leicht höhere Quoten für Wohlstand und Reichtum aufweist.

7. Schlussbetrachtung

Die Stadt Frankfurt weist zwar einige spezifische Problemlagen auf, schneidet aber in vielen Bereichen im hessischen Vergleich recht gut ab. Zu den Problemlagen zählt die Dominanz von Einpersonenhaushalten. Hierdurch fallen für viele Menschen nahe Unterstützungspotentiale weg. Zudem besteht die Gefahr von Vereinsamung und Anomie. Besonders das Problem der weiblichen Vereinzelung im Alter konnte anhand der Daten des Mikrozensus gut dokumentiert werden. Demnach sind es aufgrund der unterschiedlichen Lebenserwartung der Geschlechter vornehmlich ältere Frauen, die mehrheitlich alleine leben.

Die vergleichsweise hohe Qualifikationsstruktur der Stadt Frankfurt, die sich im sehr hohen Anteil von Befragten mit Abitur und Hochschulabschluss zeigt, ist Segen und Fluch zugleich: Auf der einen Seite verfügt die Stadt dadurch über viel (Innovations-)Potenzial, um auch künftig als ein Job-Motor in Deutschland zu fungieren. Dies wiederum gewährt der Stadt finanzielle Spielräume, vor allem im Hinblick auf die Einkünfte aus der Gewerbe- und Einkommensteuer. Auf der anderen Seite existiert ein Zusammenhang zwischen hohem Qualifikationsniveau und Vereinzelung. Hieraus ergeben sich wiederum die bereits erwähnten Probleme. Positiv ist zudem zu erwähnen, dass die in Frankfurt lebenden jungen Menschen mit Migrationshintergrund ein Qualifikationsniveau aufweisen, das den Befragten ohne Migrationsgeschichte sehr ähnlich ist.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt gestaltet sich in Frankfurt mittlerweile eher schwierig: Die Erwerbsquote ist beträchtlich gesunken und hessenweit fast am niedrigsten. Gleiches gilt für den Anteil an erwerbstätigen Frauen, der noch in 2004 und 2005 in Frankfurt den höchsten Wert annahm. Zudem zeigt sich eine starke Benachteiligung von Haupt- und Realschulabsolventen. Positiv ist lediglich der vergleichsweise hohe Beschäftigungsgrad älterer Arbeitnehmer zu erwähnen. Doch auch hier ist der Anteil im Vergleich zum Jahr 2006 deutlich, nämlich um 7 Prozentpunkte gesunken. Blickt man zudem auf den Charakter der Erwerbsarbeit, so spielen prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs oder Teilzeitbeschäftigungen durchaus eine prominente Rolle. Für Personen, die einer geringfügig entlohnten Beschäftigung nachgehen, stellt diese in 87 Prozent der Fälle die einzige Erwerbstätigkeit dar. Und auch außergewöhnliche und belastende Arbeitszeiten sind nicht zu vernachlässigen: Personen mit hoher Qualifikation arbeiten nicht selten auch am Abend oder am Sonntag. Dagegen sind Personen mit niedriger formaler Bildung und Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig von Nacht- oder Schichtarbeit betroffen. Negative Folgen für die Gesundheit sind da nicht auszuschließen.

Richtet man schließlich den Blick auf die Aspekte Armut und Reichtum, so ist eine nicht zu vernachlässigende soziale Kluft erkennbar, die sich auch in den übrigen hessischen Ballungszentren zeigt. Hessenweit gehören die Frankfurter Quoten für Armut (2007: 18,2 Prozent), aber auch für gehobenen Wohlstand und Reichtum (zusammen genommen in 2007: 11,6 Prozent) stets zur Spitzengruppe – im positiven wie im negativen Sinne. Zugleich werden systematische Benachteiligungen von einigen sozialstrukturellen Gruppen deutlich: So ist das Armutsrisiko von Familien mit mehreren Kindern und Alleinerziehenden beträchtlich. Folglich wachsen auch Kinder und Jugendliche zu bedenklich hohen Anteilen in ärmlichen Verhältnissen auf. Erwartungsgemäß zeigt sich auch für Erwerbslose und Menschen mit Migrationshintergrund ein erhöhtes Armutsrisiko. So beträgt unter den erwerbslosen Befragten mit Migrationshintergrund der Anteil der von Armut betroffenen Personen 39,5 Prozent. Dagegen lässt sich aus den Ergebnissen dieser Untersuchung ebenso ablesen, dass ältere Menschen eher unter- als überdurchschnittlich von Armut betroffen sind, das Thema Altersarmut folglich aktuell nur eine geringe empirische Unterstützung erfährt. Dass dies aber auch für die künftige Generation der Älteren gilt, ist vor dem Hintergrund von vielfach unterbrochenen Erwerbsbiographien sowie von demografischen Rahmenbedingun-

gen, die in Zukunft aller Voraussicht nach negativ auf das Rentenniveau einwirken werden, mehr als ungewiss.

Abschließend möchten wir noch ein methodisches Plädoyer zur Erfassung von Armut und Reichtum ins Feld führen. Zielt man darauf ab, die Armuts- oder Reichtumsquoten für eine bestimmte Gebietseinheit zu ermitteln, so ist es dringend geboten, als Referenzmaßstab eine möglichst kleinräumige Perspektive einzunehmen. Es macht, so konnte durch die parallele Ausweisung der Armuts- und Reichtumsquoten unter Berücksichtigung des gruppenspezifischen und des hessenweiten Medianäquivalenzeinkommens gezeigt werden, wenig Sinn, das Einkommensniveau von regional (weit) übergeordneten Einheiten als Maßstab zur Bestimmung von Armut und Reichtum heranzuziehen. Hieraus resultieren womöglich völlig andere Ergebnisse im Vergleich zu jenen Quoten, die man unter Bezugnahme auf das regionale Einkommensniveau erhalten würde. Wir plädieren folglich für die Berechnung von Armuts- und Reichtumsquoten für einzelne Regionen (z.B. Städte, Landkreise oder, wie im Falle des Mikrozensus, Anpassungsschichten) auf der Grundlage der spezifischen Medianwerte des Äquivalenzeinkommens. Dies sollte nicht zuletzt daher erfolgen, dass nur so den regionalen Unterschieden im Einkommensniveau Rechnung getragen wird. So ist es, am Beispiel Hessens, nicht sinnvoll, die Armutsquote in tendenziell peripher gelegenen Regionen am Median des hessischen Äquivalenzeinkommens zu bemessen. Schließlich spiegeln die Unterschiede in der Verteilung des Äquivalenzeinkommens, die, wie wir zeigen konnten, bisweilen beträchtlich sind, auch Differenzen wider, die sich in anderen Sektoren (z.B. am Wohnungsmarkt) bemerkbar machen.